

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 23.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 4. bis 10. Juni 1909.

Posen, den 15. Juni 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 126 des Wielkopolanin (Posen)
vom 3. Juni 1909:**Die Reisener Angelegenheit.**

Wir erfahren aus einer ganz bestimmten Quelle, daß die Reisener Angelegenheit wieder aufgerollt wird.

Herr Rechtsanwalt Adalbert Trampeczynski trat im Namen eines der unmündigen Agnaten mit einer Klage gegen den vom Fürsten Sulfowski, dem derzeitigen Majoratsherrn auf Reisen, geschlossenen Vertrag auf. Die Klage wurde dem Gericht in Lissa eingehändigt. Welches Resultat dieser Prozeß zeitigen wird, kann niemand voraussagen. Jedoch schon die Möglichkeit der Anstrengung der Klage und ihre Annahme durch das Gericht zeigen an, daß man vor der Schließung des Vertrages verschiedene Punkte übersehen und nicht alle Mittel der Verteidigung erschöpft haben muß.

Aus Nr. 127 des Postep (Posen)
vom 6. Juni 1909:**Die Wahlen für die Handwerkskammer.**

im Regierungsbezirk Posen finden im Monat Juni ohne vorherige Bekanntmachung des Wahltermins statt. Wenn die Vorstände der Innungen und Industrievereine auf das Magistratsbureau geladen werden, sind sie verpflichtet, vollständig zu erscheinen und ihre Stimmen den weiter unten aufgeführten Kandidaten zu geben.

I. Bezirk: Lissa, Zaborowo, Schweskau, Rawitsch, Bojanowo, Sarne, Dupin, Görchen, Jutroschin, Gostyn, Sandberg, Puniß, Kröben.

Kandidaten: 1. Franz Porankiewicz, Schuhmachermeister, Gostyn. 2. Wladislaus Szulc, Malermeister, Kröben. 3. Franz Brzeskwiniewicz, Schuhmachermeister, Görchen. 4. Roman Elwinski, Fleischermeister, Puniß. 5. Felix Gorski, Schlossermeister, Posen, Langestr. 12.

Vertreter: 1. Stanislaus Szymanski, Friseur, Gostyn. 2. Valentin Dabinski, Bäckermeister, Gostyn. 3. Valentin Formanowski, Schmiedemeister, Kröben. 4. Franz Bartkiewicz, Tischlermeister, Görchen. 5. Anton Walijewski, Schneidermeister, Posen, Bäckerstr. 6.

II. Bezirk: Ostrowo, Adelnau, Sulmierischütz, Raschkow, Schildberg, Grabow, Mixstadt, Kempen.

Kandidat: Peter Lajota, Fleischermeister, Ostrowo.

Vertreter: Adam Balzeret, Schneidermeister, Schildberg.

III. Bezirk: Jarotschin, Jaratschewo, Mieschkow, Neustadt a. W., Zerkow, Krotoschin, Doberschütz, Kobylin, Zbunh, Koschmin, Borek, Pogorzella, Pleschen.

Kandidaten: Johann Kubacki, Bäckermeister, Koschmin. 2. Josef Gonsiorowicz, Schuhmachermeister, Krotoschin.

Vertreter: Felix Piżcz, Schuhmachermeister, Pleschen. 2. Wladislaus Pawlowski, Friseur, Krotoschin.

IV. Bezirk: Grätz, Buß, Opaleniza, Mejeritz, Tirschtiegel, Bentschen, Brätz, Neutomischel, Betsche, Neustadt b. Pinne. Kompromißkandidaten.

V. Bezirk: Kosten, Kriewen, Czempin, Schmiegel, Wielichowo, Bomst, Wollstein, Karge, Kopnitz, Rakwitz, Rostarschewo, Fraustadt, Schlichtingsheim.

Kandidaten: 1. Anton Tadeusz, Schmiedemeister, Kosten. 2. Kasimir Cabanski, Fleischermeister, Posen, Schießstr. 6.

Vertreter: 1. W. Skibinski, Schneidermeister, Wollstein. 2. Johann Grajkowski, Schuhmachermeister, Posen, Breslauerstr. 12.

VI. Bezirk: Samter, Scharfenort, Pinne, Oberißko, Wronke, Obornik, Mur-Goslin, Rogasen, Ritschenwalde, Polatowo, Birnbaum, Zirke, Schwerin a. d. Warthe, Blesien, Prittisch.

Kandidat: Albin Bogajewicz, Stellmacher, Pinne.

Vertreter: Josef Bak, Schuhmachermeister, Samter.

VII. Bezirk: Schrimm, Kurnik, Brin, Dolzig, Xions, Moschin, Schroda, Kotschin, Santomischel, Breschen, Miloslaw, Stralkowo.

Kandidat: Ludwig Nowakowski, Schmiedemeister, Breschen.

Vertreter: Vinzent Markiewicz, Malermeister, Schrimm.

Die Industrievereine des Regierungsbezirks Posen und die Handwerkerergenschaften sind verpflichtet, dem Ignaz Czapliski, Posen, Halldorfstr. 11, die Stimme zu geben; dessen Vertreter ist: A. Maslowski, Buchbinder, Krotoschin.

Das Komitee.

Jr. Biskupski. St. Chocijzewski. L. Filipowicz.
I. Gloc. J. Gorski. J. Grajkowski. A. Krajna.
P. Reminiak.

Nähere Informationen erteilt A. Krajna, Posen D 1.

Bemerkung: Wir machen besonders aufmerksam auf die erfolgten Veränderungen im V. Bezirk von seiten des Industrievereins.

* * *

Wahlen zur Handwerkskammer in Bromberg.

Der Kandidat der Industrievereine ist Franz Sporny, Klempnermeister, Bromberg, Wallstr. 17.

Vertreter: Leo Grudowski, Dachdeckermeister, Bromberg, Königstr. 36.

Aus Nr. 123 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Juni 1909:

Das Programm des polnischen demokratischen Vereins

verkündet zum Teil allgemein angenommene und geübte Grundsätze. Soviel uns nämlich bekannt ist, gibt es in unserer Volksgemeinschaft niemanden, der unsere Zukunft nicht auf das Volk als auf die zahlreichste Schicht der Nation stütze. Überhaupt kann man sich die Nation ohne das Volk nicht vorstellen, obwohl andererseits wiederum zu einer gedeihlichen Entwicklung der Nation das Volk allein nicht hinreicht. Das kann man sowohl mittelst Vernunftgründe als auch durch Beispiele aus der Geschichte der Neuzeit beweisen.

Dagegen ist zu bezweifeln, daß das Programm des polnischen demokratischen Vereins viel Anhänger für die unter Ziffer B I 1 und 2 zum Ausdruck gebrachten allpolnischen Grundsätze finden wird. Es ist allgemein bekannt und die notorische Tatsache braucht überhaupt nicht hervorgehoben zu werden, daß kulturell alle Polen eine nationale Einheit bilden, ebenso wie die preußischen, österreichischen, schweizerischen usw. Deutschen eine solche bilden. Aber politisch sind wir geteilt und politisch sich gegenseitig zu helfen, dazu fehlt den Polen in den verschiedenen Anteilen die Möglichkeit. Darum hätte man in dem Programm allpolnischen Empfindungen nicht Ausdruck verleihen sollen. Sie sind hier um so weniger verständlich, als der polnische demokratische Verein als Gegenstand seiner Bestrebungen eingangs „das polnische Element im Deutschen Reiche“ nennt und unter Nr. II 1 erklärt, er — der Verein — stütze sich auf die Verfassung Preußens und des Reiches. Das hindert aber die Verfasser des Programms nicht, unter B I 2 zu verkünden, „man müsse sich bei jeder Tätigkeit von der Rücksicht auf das Wohl der ganzen polnischen Gesamtheit leiten lassen, indem man ihm alle Partikularinteressen unterordne.“

Dieser Teil des Programms ist unausführbar, also unschädlich — es genügt somit, nur beiläufig auf ihn aufmerksam zu machen.

Dagegen ließe sich viel sagen von dem Standpunkt, den der polnische demokratische Verein der römisch-katholischen Kirche gegenüber einnehmen will.

Er will zwar die Kirche verteidigen sowohl des kulturellen Zusammenhangs Polens mit der Kirche halber, sowie auch deshalb, weil Protestantisierung Germanisierung ist. Er verwahrt sich mit Recht gegen die Gelüste uns feindlich gesinnter deutschkatholischer Faktoren und schließt so:

„Als wichtiges Mittel der nationalen Verteidigung nach dieser Richtung hin erachtet der polnische demokratische Verein das Wachen der öffentlichen Meinung darüber, daß das nationale Interesse unserer Volksgemeinschaft nicht leide infolge der politischen Nachgiebigkeit der kirchlichen Behörden gegenüber Germanisierungstendenzen aller Art.“

Daraus geht hervor, daß der polnische demokratische Verein die Kontrolle über unsere kirchliche Behörde ausdehnen wird. Um jedoch zu beurteilen, ob irgend eine Handlung verdammenstwerte „Nachgiebigkeit“ ist, dazu muß man die betreffende Sache mit allen ihren geheimen Einzelheiten kennen; um ein Urteil zu fällen,

muß man stets den Angeklagten und die Zeugen hören. Da die kirchliche Behörde sich vor das Tribunal des polnischen demokratischen Vereins nicht stellen wird, so wird das Urteil gefällt werden entgegen allen Grundsätzen eines gerechten Verfahrens, so, wie das in der sogenannten volksparteilichen Presse schon manchmal vorgekommen ist. Ein solches „Programm“ benimmt die Möglichkeit, dem polnischen demokratischen Verein beizutreten nicht nur aufrichtigen und denkenden Katholiken, sondern überhaupt allen Leuten, welche den Grundsatz „audiatur et altera pars“ anerkennen.

Weiter hat dieser Absatz des Programms noch den Fehler rein praktischer Natur, als er zu nichts weiter führen kann, als zu Argernis erregenden Vorgängen und Zwistigkeiten. Denn keine kirchliche Behörde läßt sich Gesetze diktieren durch die „öffentliche Meinung“. Wer ist diese Meinung? Die Redakteure oder das durch sie direkt oder indirekt inspirierte Volk? Weshalb soll gerade die kirchliche Behörde ein schlechteres Urteil über die einschlägigen Angelegenheiten haben, als jene „Meinung“, welche die Dinge nur oberflächlich sieht? Und wenn in der Tat Zeiten eintreten sollten, in denen die kirchliche Behörde die Kenntnis von unseren Bedürfnissen und Verhältnissen nicht besäße, so könnte hier eine ruhige sachliche Vorstellung der Angelegenheit helfen, aber nicht die öffentliche Meinung.

Das Programm des polnischen demokratischen Vereins rechnet überhaupt mit der katholischen Kirche als mit einem „notwendigen Übel.“ Die Verfasser des Programms kennen kaum weder die große innere Kraft der Grundsätze des Katholizismus, noch verstehen sie den Wert, welchen für uns die Kirche als unser Bundesgenosse im Kampfe um die Gerechtigkeit hat. Sie meinen, sie könnten sich ruhig auf „die moralische und materielle Kraft unseres eigenen gesellschaftlichen Organismus“ stützen und sie berufen sich auf eine „Reihe bürgerlicher Gerechtsamen, die für uns gewisse Bedingungen der Selbstverteidigung und der Entwicklung schaffen . . . ungeachtet immer schärferer Ausnahme-gesetze.“

Daß wir diese Reste von Gerechtsamen haben, verdanken wir eben der Idee der Gerechtigkeit, der christlichen Idee, die heute durch die Kirche und die ihr treuen politischen Parteien repräsentiert wird. Entschiede in der Tat nur die Kraft in unserem Kampfe mit den Deutschen, hemmte nicht die — leider erst bis zu einem gewissen Grade — in den modernen Staat eindringende Idee der christlichen Gerechtigkeit, so würden wir uns in einer hundertmal schlimmeren Lage befinden, als die heutige ist. Wenn heute wieder das barbarische „vae victis“ zu erschallen beginnt, so geschieht das einzig deshalb, weil sich das Heidentum und der Kultus der durch das Christentum nicht veredelten Kraft zu verbreiten beginnen.

Wir Schwachen begehen einen schweren Fehler, so oft wir in unseren politischen Kombinationen die Macht der Kirche nicht hinlänglich berücksichtigen. Die Kirche hat Polen trotz der Teilungen aus der Liste der lebenden Nationen nicht gestrichen, und sie bekennst laut, daß keine wenn auch verhältnismäßig kleine Kraft das gleiche Recht auf Existenz und Entwicklung hat, wie die größten staatlichen Mächte. Und dieser Lehre gehört die Zukunft.

Sodalis.

Aus Nr. 126 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 5. Juni 1909:

Die neue Partei.

In einer der vorigen Nummern des Dziennik Poznański hat ein Freund unseres Blattes, der sich mit dem Pseudonym „Sodaliz“ unterzeichnete, das Programm des polnischen demokratischen Vereins einer Kritik unterworfen, insbesondere ihm zwei klar formulierte Vorwürfe gemacht. Auf diese Vorwürfe hat der Kurjer Poznański, das leitende Organ der neuen politischen Organisation, in zwei Artikeln geantwortet, in denen er die Ausführungen des Sodaliz zu widerlegen sucht. Die Antwort des Sodaliz auf diese Artikel bieten wir nachstehend. An dieser Stelle werden wir unsere Aufmerksamkeit auf die schließlich wichtigste Seite der Frage lenken: Welchen Einfluß wird die neue Organisation auf die weitere Gestaltung unserer inneren Interessen ausüben?

Dieser Einfluß wird unseres Erachtens kein sehr großer sein. Schon heute scheint es nicht dem mindesten Zweifel zu unterliegen, daß die neue politische Organisation auf schwer zu besiegende Hindernisse stoßen wird, sie wird an den inneren Gegensätzen und an den inneren Gebrechen sich zerbrechen und im besten Falle ein schwindsüchtiges Dasein führen. Vor allem ist sie ein künstliches Produkt, welches der inneren Anziehungskraft entbehrt, die einzig eine energische Offensiveaktion verbürgt. Mit dem einen Bein auf nationaldemokratischem Boden, mit dem anderen im volksparteilichen Lager stehend, kann sie auf ein weiteres Ziel hinaus keine dieser beiden, in ihrem Wesen einander zuwiderlaufenden Richtungen befriedigen. Sie nennt sich eine Volkspartei, steht aber unter dem Einfluß von Leuten, welche weder hinsichtlich der Erziehung, noch hinsichtlich ihrer sozialen Position mit wahrer Volksparteilichkeit etwas gemein haben. Die Behauptung eines der volksparteilichen Blätter, die neue Partei sei eine Organisation der liberalen Schlachta, welche zum Kampfe aufträte gegen den konservativen Adel, diese Behauptung ist nicht so unsinnig, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Jede Wahrscheinlichkeit scheint somit dafür zu sprechen, daß die in dem Busen der neuen Partei lebenden beiden Seelen, die adlig-demokratische und die volksparteilich-demokratische, mit einander kämpfen und jedes solidarische Handeln, wenn nicht direkt unmöglich machen, so doch jedenfalls arg erschweren werden.

Und weiter fehlt es an einer entsprechenden Leitung. Im Haupttrat und im Vorstande sitzt eine ganze Reihe von Leuten, denen man gewichtige Vorzüge des Geistes und des Charakters schwer absprechen kann. Wir sehen jedoch keine Generäle, welche ihre Heerschaaren zum Siege zu führen verständen, mit Ausnahme vielleicht des Dr. Marjan Seyda, der unseres Erachtens wenigstens das Zeug zum Parteiführer hat. Er besitzt Begeisterung, Selbstbewußtsein und Glauben an sich und schließlich einen bei einer jungen, ihre Tätigkeit beginnenden Partei wichtigen Doktrinarismus oder Idealismus, der mit den Erfordernissen des praktischen Lebens nicht rechnet und die aus diesen Erfordernissen resultierenden Schwierigkeiten gering schätzt.

Aber das Sichhervorschieben des Redakteurs des Kurjer Poznański an die Spitze der neuen Organisation droht dieser mit einer anderen, unter unseren Verhältnissen sehr ernststen Gefahr, sie wird persönliche Gegensätze wecken, welche so häufig und gewaltsam sind in unserer Enge, wo einer mit den Ellenbogen an den anderen stößt und die Beschränktheit des Raumes allen Schwung und jeden kühneren Flug unmöglich macht — sie wird den Antagonismus der alten Redak-

teure gegen den jungen Genossen, die Abneigung anderer volksparteilicher Politiker gegen die Kurjerpolitiker wachrufen.

Möglich, daß sich unsere Voraussetzungen nicht erfüllen werden, möglich, daß es den Organisatoren der neuen Partei gelingen wird, alle oben erwähnten inneren Schwierigkeiten zu überwinden und die Sache in die ersetzten Bahnen zu lenken. Und was dann? Naturgemäß ist die neue Partei zu keinem anderen Zwecke entstanden, als zu dem, die Leitung der Volksgemeinschaft in ihre Hände zu raffen, sich das Übergewicht und die Herrschaft zu sichern. Offenbar werden die Leute von der polnischen demokratischen Partei aus allen Kräften ihre Parteigänger für alle Ämter begünstigen, die irgend welchen politischen und sozialen Einfluß sichern. Vor allem wird es sich um die Abgeordnetenmandate, wird es sich darum handeln, unsere gegenwärtige gemischte politische Repräsentation in eine gleichmäßig polnisch-demokratische umzugestalten. Habeant sibi! Auch unter polnisch-demokratischem Kommando wird die polnische Fraktion aller Wahrscheinlichkeit nach das bleiben, was sie heute ist, ein Institut, welches auf die inneren Geschicke unserer Volksgemeinschaft fast gar keinen Einfluß ausübt.

Es besteht aber die ganze Reihe unserer sehr wichtigen kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Institute, über welche man sich wird der Herrschaft bemächtigen müssen. Diese Institute stützen sich ohne Ausnahme auf ein durch und durch demokratisches Prinzip. Trotzdem ruht ihre Leitung in den Händen von Elementen, welche, obwohl sie sich zum bedeutenden Teile dem konservativen Lager nicht zurechnen, dennoch nicht auf dem Boden des in unserem Landesteil durch die neue politische Organisation veröffentlichten Programms stehen.

Kann man annehmen, daß diese bisherigen Leiter unserer Institute ohne Widerstand Mitgliedern der neuen Partei Platz machen werden? Eine gewisse Passivität ist den Vertretern der gemäßigten Richtungen überall eigen, besonders bei uns, und das ruft die Überzeugung hervor, daß der Widerstand dieser Vertreter nicht allzu stark, daß der Sieg über sie leicht sein wird.

Das ist jedoch eine Täuschung. In dem entscheidenden Moment, im Falle der Gefahr werden auch diese Elemente energisch kämpfen in Verteidigung ihrer bedrohten Position, und wenn es sich als nötig erweisen wird, so werden sie sich gleichfalls zu einer Organisation aufschwingen, die ihnen den Kampf erleichtert. Jedenfalls wird mit oder gegen den Willen der Organisatoren der neuen Partei ein Kampf auf der ganzen Linie entbrennen. Ein solcher Kampf ist leicht begonnen, niemand kann jedoch voraussehen, welche Ausdehnungen er annehmen und wohin er uns führen wird. Es droht aber die ernste Gefahr, daß der Kampf in unsere nationale Solidarität Bresche legen wird oder kann. Einzig aus diesem Grunde sind wir Gegner des Organisierens politischer Parteien in unserem Landesteil, dessen Lage in vieler Hinsicht eine andere ist als in anderen Ländern und in den übrigen Landesteilen.

Dem Kurjer Poznański als Antwort.

Ich habe nicht geglaubt, daß meine kurzen Äußerungen über das Programm des polnischen demokratischen Vereins auf seiten des Kurjer Poznański eine so umfangreiche Antwort hervorrufen werden. Er hat bereits drei Spalten geschrieben und stellt weitere in Aussicht.

Es treten in dieser Replik verschiedene Anschauungen zu Tage, die näher anzusehen sich verlohnt.

Der Kurjer zweifelt daran, daß der Unterzeichnete in der Praxis mit der von dem polnischen demokratischen

Berein angekündigten Richtung der Einbürgerung und des Selbständigmachens der Volksmassen, sowie mit dem Grundsatz einverstanden sei, daß da, wo ein Widerstreit der sozialen Interessen der einzelnen Volksschichten eintrete, man sich in erster Linie von dem Interesse des Volkes leiten zu lassen habe.

Wer unsere Verhältnisse nicht kennt, der möchte meinen, bei uns seufze bisher das Volk in Unwissenheit und Leibeigenschaft, bewacht von dem Drachen Feudalismus, und der polnische demokratische Verein trete kühn als neuer Perseus zum Kampfe auf, um dieses Ungeheuer zu erwürgen und das Volk zu befreien.

Wir wissen aber sehr wohl, daß unser Volk schon seit langem eingebürgert und selbständig geworden ist. Und die Grundlage dieser Freiheit ist die von dem polnischen Adelslandtage beschlossene Verfassung vom 3. Mai, ferner die Verfassung des Großherzogtums Warschau vom Jahre 1807, welche die Leibeigenschaft aufhob und schließlich die durch die preussische Regierung durchgeführte Besitzverleihung, welche die Fortsetzung dieser Handlungen der polnischen Gesetzgebung war. Flottwell hebt in seiner Denkschrift ausdrücklich hervor, daß die Rittergutsbesitzer die Ausführung des Gesetzes von der Besitzverleihung an die Bauern unterstützt haben, obgleich ihnen das große Verluste verursachte. Also schon vor 80 Jahren hat, wie sogar ein unserem Großgrundbesitzern feindlich gesinnter Zeuge bekennt, diese Volksschicht auf der Höhe des Verständnisses ihrer sozialen Aufgaben und der Einbürgerung des Bauern gestanden, ohne auf den polnischen demokratischen Verein zu warten.

Was nun die Einbürgerung betrifft, so ist sie gleichfalls vor den Schöpfern dieses Vereins auf die Welt gekommen. Denn unsere Volksblätter, wie z. B. früher der *Bizjacier* *Przjaci* ludu, später der *Orendownik*, der Vater des Kurjer *Poznanski* usw. sind auf Betreiben und Kosten von Leuten entstanden, welche das Programm des polnischen demokratischen Vereins nie unterschrieben hätten, schon aus dem Grunde nicht, weil sie sich als Sünde angerechnet hätten, die Volksgemeinschaft in Parteien zu teilen. Streng durch Satzungen von einander abgegrenzte Parteien haben Existenzberechtigung in Volksgemeinschaften, welche die Form der staatlichen oder autonomen Existenz haben — denn da ist die Regierung das ständige, stetige Element, welches die Gesamtheit der Interessen der Nation unausgesetzt hütet. Bei uns ist es anders. Es würde mich aber zu weit führen, diese These zu begründen; vielleicht bietet der Kurjer mir noch Gelegenheit hierzu.

Um auf die Frage der „Einbürgerung des Volkes“ zurückzukommen, so sind auch die *Kustikalvereine* ohne die Beihilfe des polnischen demokratischen Vereins entstanden, ebenso wie der *Volksbibliothekenverein* und die *katholischen Arbeitervereine*. Den Grund für diese Institutionen hat aber bekanntlich Dr. Karl *Marcinkowski* gelegt, welcher seiner Zeit von den damaligen Demokraten verurteilt wurde. Er hat die Mittel zur Ausbildung einer polnischen Intelligenz geschaffen. Und das Muster für unsere heutige gesellschaftliche Organisation hat August *Ciezkowski*, der Gründer der polnischen *Viga* und Schöpfer der polnischen christlichen Philosophie, gegeben.

Die Verfasser des Programms des polnischen demokratischen Vereins würden schon handeln, wenn sie sich gelobt, in die Fußtapfen derer zu treten, welche den Felsblock unseres Volkes aus den Grundfesten gerückt haben, und wenn sie ruhig den von jenen Leuten vorgezeichneten Weg gingen. Sie brauchten das sogar nicht in den Zeitungen zu verkünden, deren Aufgabe ist, der Welt neue Dinge kundzutun. Aber wenn sie eine Sache, welche schon ganze Generationen vor ihnen

mit gutem Erfolge geübt haben, als etwas Neues, als etwas mit großer Mühe in langer Zeit Ersonnenes kundtun, so sieht das aus wie das Einrennen offener Türen. An den schöpferischen Gedanken des polnischen demokratischen Vereins glauben können höchstens junge Leute, welche unsere Geschichte des 19. Jahrhunderts nicht kennen. Vielleicht handelt es sich auch eben um sie?

So viel von der angekündigten Selbständigmachung und Einbürgerung des Volkes. Ich stelle fest, daß diese Sache seit langem im Gange ist, daß sich seit undenklichen Zeiten in unserer Volksgemeinschaft nicht eine einzige ihr feindliche Stimme erhoben hat, und daß alle Stände an dieser Arbeit einträchtig teilnehmen.

Der Kurjer zweifelt, ob die Gegner des Programms den Grundsatz unterschreiben würden, daß da, wo ein Widerstreit zwischen den sozialen Interessen der einzelnen Volksschichten eintrete, es gelte, in erster Linie sich von dem Interesse des Volkes leiten zu lassen.

Einen derartigen Grundsatz haben die polnischen Großgrundbesitzer schon in der Zeit, als den Bauern Besitz verliehen wurde, bekannt. Zeuge ist Flottwell.

Daraus geht nicht hervor, daß man heute immer das unterschreiben muß, was die sogenannten *Volks-parteil* für das Interesse des Volkes halten. Da ist z. B. die Sache der Zölle. Was für einen Lärm haben die Leute gegen die Zölle erhoben! Wie leicht konnte man zu Popularität gelangen, wenn man seine Kleider zerriß aus Entrüstung über die, welche dem Volke das Brot verteuern wollten. Indes sind die Zölle glücklich durchgegangen dank dem gesunden Verstande der Mehrheit des Reichstages, und — seit dieser Zeit datiert die Besserung der Existenz und die ungewöhnliche wirtschaftliche Entwicklung unserer ganzen Volksgemeinschaft: der Boden bringt hohe Einkünfte, die Banerotte unter den Landwirten hörten auf, die Arbeitslöhne stiegen um 50 bis 100 %, was zur Folge hat, daß es den Kaufleuten in den Kleinstädten gut geht, die Volksbanken wissen nicht, was sie mit den Depositionen anfangen sollen, und die An siedlungskommission steht alledem ratlos gegenüber. Alles das ist geschehen dank einem Gesetze, welches die dem demokratischen Programm huldigenden Leute als den Interessen des Volkes zuwiderlaufend bekämpft haben. Und das ist kein Zweifel, sondern ein charakteristisches Merkmal der Politiker, welche nur rufen „das Volk! das Volk!“ sich aber fürchten zu sagen „die Nation!“

Die Landwirte, welche seiner Zeit so bereitwillig unter eigenen Verlusten ihre Partikularinteressen untergeordnet und die Besitzverteilung durchgeführt haben, hatten das Ganze im Auge — sie ließen sich nicht von der Liebe zum Bauern oder zum Edelmann, sondern von der Liebe zum Vaterlande leiten.

Eine Standespolitik ist stets irrig, aber in freien Nationen gleicht die Regierung diese Ausschreitungen aus. Bei uns ist sie ein grenzenloser Leichtsin. Die Stände müssen sich ergänzen; die Kraft des Volkes muß Leitung finden in der Erfahrung und Bildung der vom Glück privilegierten ländlichen oder städtischen Klassen. Die Nation ist kein Bauwerk, welches durch Mauern getrennte Geschosse und Stuben hat, sondern ein lebendiger Organismus, welcher gemeinsame Interessen, welcher gemeinsames Blut hat, das alle seine Glieder durchströmt. Wo sind die Grenzen zwischen Volk und Nicht-Volk? Gehört der häuerliche Wirt zum Volke oder nicht? Bei wieviel Morgen Land tritt man aus der Sphäre heraus, deren Interesse vor anderen berücksichtigt werden soll nach der Vorschrift des Programms des polnischen demokratischen Vereins?

Die Verfasser des Programms werden die Antwort darauf vermeiden, sie ist aber durchaus nötig bei der praktischen Durchführung des Programms, wenn sie als Ziel ihrer Bestrebungen die Nation als Ganzes

nehmen, und nicht Teile, wenn sie ablassen, Polen in sozialer Hinsicht zu teilen, da wir doch schon genug leiden durch die politische Teilung unseres Vaterlandes!

Jetzt einige Worte über die allpolnischen Anschauungen des Kurjer. Ich gestehe ihm zunächst gern zu, daß das Wahre der nationalen Sonderstellung keine allpolnische Spezialität ist. Ich bedaure ferner, daß er mich einer derartigen Behauptung beschuldigt hat. Aber abgesehen davon, — es handelt sich um die Sache, nicht darum, jemandem beim Worte zu nehmen. Schreiten wir somit zu dieser Sache.

Das Programm und der Kurjer künden an, der polnische demokratische Verein beabsichtige sich in seiner Tätigkeit auch von der Rücksicht auf das Wohl der beiden übrigen Anteile leiten zu lassen, und als Beispiel dafür, daß eine solche Tätigkeit möglich sei, führt der Kurjer nachstehendes an: Nach Vollzug der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich trat einer unserer Abgeordneten im Reichstage mit einer Rede auf, bezüglich deren er nebst vielen anderen der Überzeugung war, er erweise der polnischen Sache einen Dienst. Indes gerade das Gegenteil geschah: Diese Rede hat nach Ansicht der Anhänger der neu-slawischen Bewegung der polnischen Sache geschadet. Soweit der Kurjer.

Was geht somit aus dieser Tatsache hervor? Offenbar das, was der Kurjer nicht beweisen will, nämlich, daß es am besten ist, sich in die Angelegenheiten der fremden Anteile nicht zu mischen.

Zwei Beweise gibt es dafür: Einmal kann man sich von hier aus niemals hinlänglich über die dortigen Verhältnisse orientieren, wir können also irren, ebenso wie jener Reichstagsabgeordnete sich geirrt hat, und zweitens (und zwar ist das der prinzipielle Punkt) haben wir tatsächlich nicht die Möglichkeit, auf das Los unserer Brüder jenseits der Grenze einen Einfluß auszuüben.

Einst vor Jahren hat der verstorbene Dr. Rzepecki im Gonicie einem der Gegner lapidariisch gesagt: „Das heißt nicht Handeln, sondern Schwätzen.“ Sit venia verbo. Sein Geschwätz kann man leicht auf alle Anteile ausdehnen nach dem Muster der Kaffeehauspolitiker, nicht aber das Handeln. Da nun aber die Politik die Theorie von Taten, nicht von Worten sein soll, so gibt es für die allpolnischen Träumer in keinem wahrhaft politischen Programm einen Platz.

Ich mache übrigens die Politiker des polnischen demokratischen Vereins darauf aufmerksam, daß solche allpolnischen Interventionen direkt schädliche Folgen haben können. Man mußte den Fürsten Bülow sehen, mit welcher Unnehmlichkeit er sich im preußischen Herrenhause während der Beratungen über das Enteignungsgesetz über die von der polnischen Fraktion in Wien im Interesse unseres Landesteils eingebrachte Interpellation ausließ. Diese Interpellation ist uns allen sehr sympathisch gewesen, was aber die Tatsache nicht gehindert hat, daß sie dem Fürsten Bülow erleichterte, die Hörer davon zu überzeugen, „daß die Polen dem Reiche sehr gefährlich seien.“

Daß das allpolnische Programm der praktischen Bedeutung nicht entbehre, das soll nach Ansicht des Kurjer auch die Frage der Agrarzölle beweisen, bei denen unter anderem die Interessen der Landwirtschaft des Königreichs Polen in Rechnung gekommen seien.

„Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ so hat mancher Landwirt des Großherzogtums Posen ausgerufen, als er das las. Man kann also nach Ansicht des Kurjer schwankend sein und nachdenken, ob es besser sei, daß das Getreide hier bessere Preise abwirft, als im Königreich Polen? Ich habe bereits der segensreichen Folgen der Zölle Erwähnung getan, werde mich daher nicht wiederholen. Ich betone nur, was der Kurjer selbst zugibt, daß das Großherzogtum ein mehr bedrohter Posten ist, als das Königreich,

daß es somit auch aus allgemein politischen Gründen größeren Schutz verdient. Es kann somit kein Zweifel bestehen bezüglich der Frage, welchem Landesteil die Schutzzölle gebühren. Zu wie gefährlichen Resultaten in der Praxis die Berücksichtigung des allpolnischen „politischen Gedankens“ führen kann, dafür hat der Kurjer selbst die besten Beweise angeführt, indem er jener Rede über die Annexion von Bosnien und der Frage der Zölle Erwähnung tat.

Die allpolnischen Ideen sind ein sehr dankbares Thema für Zeitungsartikel, besonders in Ermangelung anderen Materials, vielleicht auch für Programme, aber in der Politik können sie uns nur Schaden bringen. Sodalis.

Aus Nr. 127 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 6. Juni 1909:

Parteilichkeit und nationales Interesse.

Als wir den Aufruf des Hauptrates des polnischen demokratischen Vereins und das Programm und Statut des letzteren in der Sonntagsnummer veröffentlichten, baten wir die Leser, sich diese Materialien genau anzusehen, denn sie bildeten die Grundlage einer für die Zukunft wichtigen politischen Orientierung.

Daß unsre Behauptung keine Übertreibung enthielt, beweist die im Umriß immer deutlicher sichtbar werdende eigentliche politische Physiognomie des Dziennik Poznański im Gegensatz zum polnischen demokratischen Verein. Bis jetzt hielt die gegenwärtige Leitung des Dziennik Poznański an der Taktik, zwischen der Linken und Rechten zu balancieren, fest — selbstverständlich nur scheinbar, denn in Wirklichkeit diente sie — unter dem Mäntelchen der Neutralität — konsequent der Politik der konservativen Elemente, welche der Dziennik Poznański unschuldig die „gemäßigten“ zu nennen pflegte. Noch auf die erste Nachricht von den Vorbereitungsarbeiten hin, welche die Gründung des polnischen demokratischen Vereins bezweckten, erklärte der Dziennik, daß er dem neuen Verein gegenüber eine völlig unparteiliche Stellung einnehmen werde, und er leugnete gleichzeitig seinen Charakter als konservatives Organ ab.

Wir erklärten damals gleich von vornherein, daß diese Ankündigung Theorie bleiben werde, denn das Leben werde den Dziennik zu einer offenen Erklärung gegen die demokratisch-volksparteiliche Bewegung zwingen. Und dieses ist schneller erfolgt, als es vielleicht mancher im demokratischen Lager erwartete. Von den Pfingstfeiertagen an fährt der Dziennik ein schweres Geschütz nach dem andern gegen den polnischen demokratischen Verein auf.

Dieses stimmt uns weder traurig, noch wundert es uns. Im Gegenteil, wir halten das für eine ganz natürliche Erscheinung. Die Entstehung einer politischen Organisation der demokratisch-volksparteilichen Elemente konnte auf der gegnerischen Seite nicht ohne Reaktion bleiben, sie mußte sie zu einer politischen Antwort herausfordern.

Die einfachste politische Antwort auf die Organisation der demokratischen Elemente wäre eigentlich die Organisation der konservativen Elemente. Weil man jedoch im konservativen Lager die Leute mit wirklichem politischen Nerv und der entsprechenden Gewandtheit an den Fingern abzählen kann, so erwidert man, statt mit einer eigenen parteipolitischen Organisation zu antworten, von der man schon in der Zeit der Durchführung der Reform des Wahlregulativs für das

Großherzogtum Posen sprach, mit Artikeln, die gegen das Programm des polnischen demokratischen Vereins gerichtet sind und vor allen Dingen mit Vorwürfen, die gerade in unsern Verhältnissen parteipolitischen Organisationen die Existenzberechtigung grundsätzlich absprechen.

Von der Notwendigkeit der Organisation der demokratisch-volksparteilichen Elemente haben wir schon mehrmals erschöpfend geschrieben; wir haben keine Ursache, alle diese Argumente nochmals zu wiederholen. Überzeugungsunterschiede waren, sind und werden, ja müssen in der Gesamtheit unsres Landes teils sein. In diesem Falle ist es doch wohl besser, die bezüglichlichen Strömungen in eine organisierte Zucht zu nehmen mit einem sichtbaren und nicht nur vor seinem eigenen Gewissen und der Meinung der Anhänger der gegebenen Richtung, sondern auch nicht minder vor der ganzen Gesamtheit verantwortlichen Haupt an der Spitze. Wer sich überzeugen will, der muß sich, wenn auch nur durch dieses eine Argument überzeugen lassen.

Aber nicht darum geht es uns, nicht um die Begründung der Notwendigkeit der Organisation der demokratisch-volksparteilichen Elemente und nicht um den Nachweis der Vorteile, welche die Gesamtheit von einer solchen Organisation haben könnte. Wir wünschen vielmehr eine Antwort zu geben auf die Bedenken, ob die Gesamtheit durch die Gründung des polnischen demokratischen Vereins Verluste erleiden und ob durch diese Gründung nicht der nationale Grundsatz der Solidarität leiden werde!

Eine wie große Bedeutung der polnische demokratische Verein dieser Sache beimißt, beweist die Tatsache, daß das Programm ihr einen ganzen Abschnitt opfert. Dieser Abschnitt beginnt mit folgender Begründung:

„Indem der polnische demokratische Verein unsere nationale Sonderstellung gegenüber dem deutschen Element, ohne Rücksicht auf die in ihm herrschenden Verschiedenheiten der politischen Überzeugungen kräftig hervorhebt, sowie im Bewußtsein der Gefahr, welche uns von seiten des preußischen antipolnischen Systems droht, fühlt sich der Verein umsomehr zu der stärksten Solidarität mit dem Rest der eigenen Gesamtheit, mit den andern polnischen Lagern und Gruppen verpflichtet.“

Nachdem sodann die Notwendigkeit der Existenz verschiedener Richtungen und Parteien im Schoße unsrer Gesamtheit nachgewiesen und hervorgehoben worden ist, daß die Parteien an und für sich nicht Selbstzweck, sondern einzig das Werkzeug zum Dienste der Gesamtheit sein sollten, sagt der betreffende Abschnitt des Programms:

„Das nationale Interesse über alle andern Partei-, Standes- und Klasseninteressen stellend, erachtet der polnische demokratische Verein als seine nationale Pflicht, mit allen den Lagern und Gruppen im Schoße der Gesamtheit solidarisch mitzuwirken, welche den Grundsatz der nationalen Solidarität überall da anerkennen, wo wir als polnisches Kollektivwesen dem deutschen Element gegenüberstehen. Wer die so aufgefaßte nationale Solidarität nicht anerkennt, der steht nicht auf polnisch-nationalem Boden und stellt sich außerhalb der Parenthesen unsres nationalen Lebens und unsrer nationalen Bestrebungen.“

Wir glauben, daß diese Erklärung sehr deutlich und sehr entschieden und — wir setzen hinzu — von den Initiatoren des polnischen demokratischen Vereins sehr ehrlich gemeint ist. Wir können natürlich nicht

offiziell im Namen des polnischen demokratischen Vereins sprechen, denn dazu haben wir keine Berechtigung, aber das können wir mit reinem Gewissen erklären, daß, solange der Haupttrat in seiner heutigen Zusammensetzung an der Spitze der Organisation steht, er gewissenhaft auf der Wacht der nationalen Solidarität vor dem gemeinsamen Feinde stehen wird. Sollte der ehrlich aufgefaßte Grundsatz der nationalen Solidarität — was wir für völlig ausgeschlossen halten — jemals in der Praxis aufhören der Grundsatz des polnischen demokratischen Vereins zu sein, so würden wir die ersten sein, die seine Reihen verlassen. Denn wir sehen in dem polnischen demokratischen Verein nicht nur eine ausschließlich demokratische, sondern eine polnisch-demokratische Organisation, welche sich nicht ausschließlich auf den demokratischen, sondern vor allen Dingen auf den nationalen Grundsatz stützt.

Aus dem, was wir oben gesagt haben, geht zur Evidenz hervor, daß uns die Absicht, die Parteipolitik in die kulturellen oder sozial-wirtschaftlichen Institutionen zu tragen, fremd ist. Wir arbeiten und arbeiten in den verschiedensten nichtpolitischen Institutionen in völliger Eintracht und Harmonie auch mit Leuten einer der unsrigen direkt entgegengesetzten politischen Überzeugung — und arbeiten ohne Unterlaß. Wir fragen, auf welcher Grundlage kann der Dziennik den demokratischen Elementen die Absicht des „Anschlusses der Herrschaft über die ganze Reihe unsrer wichtigsten kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen“ insinuiert? — Derselbe Dziennik, dessen Leiter außerhalb seiner Redaktion auf dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Felde für unsre Gesamtheit noch keinen Finger gerührt hat!!

Wir Demokraten haben eine andere Gewohnheit als die, welche uns der Dziennik unterstellt; wir sind gewöhnt zu rufen: Kommet alle her und arbeitet, denn es gibt noch viel Brachfelder, und hunderte begeisterungsfähiger Herzen, klarer Köpfe und starker Fäuste sind notwendig! Aber diesem unserm Rufen gegenüber bleiben jedesmal diejenigen taub, welche uns nachher vom grünen Tische aus Moral predigen von der Absicht „des Anschlusses der Macht“.

Wir sind überzeugt, daß verständige und arbeitssame Elemente jedweder parteipolitischen Überzeugungen auf den Standpunkt gelangen werden, daß durch die Gründung des polnischen demokratischen Vereins in den Arbeiten der Gesamtheit auf dem kulturellen und sozial-wirtschaftlichen Felde weder eine Änderung eingetreten ist noch eintreten darf. Nur unter dieser Bedingung kann man die Parteilichkeit ruhig mit einem richtig verstandenen nationalen Interesse vereinigen.

Der Dziennik Poznanski brachte in der gestrigen Nummer einen anderthalb Spalten langen Leitartikel vom polnischen demokratischen Verein und eine zwei Spalten lange Antwort des Sodalis auf unsre Ausführungen. Sodalis wird zweifelsohne noch einmal das Wort nehmen in der Angelegenheit des Verhältnisses des polnischen demokratischen Vereins zur Kirche. Man kann also dem Dziennik Mangel an Interesse dem polnischen demokratischen Verein gegenüber nicht vorwerfen.

Trotzdem klingt in dem Leitartikel auch dieses Mal zielbewußt ein Ton der Geringschätzung durch. Warum, ist nicht schwer zu erraten. Die Tendenz des Artikels ist also die Entzweiung der Volksparteiler mit den Demokraten und schließlich der Demokraten unter sich.

Der Dziennik prophezeit dem polnischen demokratischen Verein ein „schwindstüchtiges Leben“, weil er ein „künstliches Gebilde“ sei, welches „mit einem Fuß auf national-demokratischem Boden“, mit dem andern im volksparteilichen Lager stehe, welche zwei Richtungen sich in ihrem „innersten Wesen widersprechen“.

Abgesehen von der „Schwindstucht“ müssen wir jedoch die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die Organisation der demokratisch-volksparteilichen Elemente gerade aus praktischer Lebenserfahrung als politische Notwendigkeit hervorgegangen ist. Was jedoch den angeblichen „Widerspruch im innersten Wesen“ der demokratisch-nationalen und volksparteilichen Bewegung anbetrifft, so sind jedenfalls die interessierten, mit dem Bande der gemeinsamen politischen Arbeit verknüpften Faktoren weit mehr zur Beurteilung dieser Frage berufen als der theoretisierende Dziennik.

Der Dziennik sieht auch voraus, daß im Schoße des polnischen demokratischen Vereins „zwei Seelen“ mit einander kämpfen werden: „die aristokratisch-demokratische und die volksparteilich-demokratische Seele“. Diese Einteilung ist uns persönlich sehr unangenehm, denn wir bleiben nun mit der ganzen bürgerlichen Intelligenz zwischen Himmel und Erde hängen. Wir trösten uns jedoch damit, daß „zwei Seelen“ nicht notwendigerweise mit einander „kämpfen“ müssen im Sinne des deutschen Sprichwortes: „Zwei Seelen und ein Gedanke“, und daß es vielleicht gerade uns, den — Dank des Dziennik — zwischen Himmel und Erde Hängenden, gelingen werde, die Rolle jenes „Gedankens“ zu spielen, der die „aristokratisch-demokratische“ Seele mit der „volksparteilich-demokratischen“ verknüpft.

Die Mitglieder des Hauptrates sucht der Dziennik wiederum untereinander zu entzweien, indem er den Redakteur unseres Blattes vorschreibt und den andern Mitgliedern des Hauptrates gegenüberstellt, welchen er zwar „Vorzüge des Denkens und des Charakters“ nicht abspricht, sie jedoch als „Generäle“ nicht anerkennt, „welche ihre Truppen zum Siege führen können“. Auf welche Basis der Menschenkenntnis der Dziennik sein Urteil stützt, ist uns allerdings nicht bekannt. Genug, daß er sofort ein paar Zeilen tiefer seine Befürchtung vor der Gier des polnischen demokratischen Vereins ausspricht, welcher mit den politischen Einflüssen nicht zufrieden, bemüht sein werde, „die Herrschaft über die ganze Reihe unserer größten kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen an sich zu reißen“. Dieses würde jedenfalls unmöglich sein ohne „Generäle“, welche „ihre Truppen nicht zum Siege führen könnten“.

Was nun den Redakteur unseres Blattes anbetrifft, so erkennt der Dziennik in einem Abschnitt an, daß er „das Material zum Führer einer Partei“ besitze, aber gleich in einem zweiten Abschnitt betrachtet das Blatt das „Sichvorschieben“ dieses Redakteurs an die Spitze der Organisation als eine Gefahr ... welche „persönliche Gegnerschaft“ wecken werde. Dieses „Sichvorschieben“ unseres Redakteurs an die Spitze des polnischen demokratischen Vereins stellt sich in Wirklichkeit so dar, daß er im Hauptrate sitzt, um arbeiten zu können, aber sowohl dem Vorbereitungs-komitee wie auch in der Folge dem Hauptrate hat er kategorisch erklärt, daß er unter keinen Umständen die Wahl als Vorstandsmitglied annehmen werde.

Das eine ist sicher, daß trotz dieser und anderer Artikel des Dziennik der Hauptrat in Eintracht an der Erhaltung der Harmonie unter den Elementen des polnischen demokratischen Vereins arbeiten wird.

Aus Nr. 117 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 27. Mai 1909:

Die katholische Kirche im Dienste des preussischen Systems.

IV.

Was soll man angesichts der für uns so schrecklichen Situation, aus der, wie es scheint, gar nicht herauszukommen ist, tun?

Weil die geistliche Behörde ihre Diözesanen vor der Vernichtung durch die Germanisierung und damit vor der Vernichtung durch die Protestantisierung nicht verteidigen kann oder will, bleibt nichts weiter übrig, als zu der jedem Bürger zustehenden Selbstverteidigung zu greifen. Es ist uns unangenehm, daß wir unserer geistlichen Behörde gegenüber den Standpunkt der Opposition einnehmen müssen, doch Gott ist Zeuge, daß es hier keinen anderen Rat gibt.

Zweifacher Art sind somit die Mittel, an die man sich mit aller Energie halten muß: Zunächst sollten die benachteiligten polnischen Parochien eifrig alle Tatsachen und Beweise sammeln, die ihre Unbilden bestätigen, und das ganze Material nach Rom senden. Die Geistlichen, die den Beschwerdeweg beschreiten, riskieren nichts, denn schlimmer kann es für sie nicht werden. Wenn übrigens die Beschwerde, die seinerzeit der ehemalige Propst und jetzige Offizial Scharmer über seinen Bischof absandte, diesem in seiner Karriere nichts geschadet hat, dann sollte auch unseren Geistlichen dasselbe Recht zustehen. Auch muß man dem Beispiel jener polnischen Parochie in Berlin folgen, deren Propst die polnischen Gottesdienste nicht einführen wollte und die deshalb diese Kirche so lange mied, bis der Geistliche nachgab.

Es müssen also alle Kirchen da boykottiert werden, wo die geistliche Behörde, die Grundsätze des Tridentiner Konzils mit Füßen tretend, nicht begreifen will, daß in rein polnischen Parochien die Seelsorge und vor allem die Beichte und die Vorbereitung zur heiligen Kommunion in polnischer Sprache stattfinden muß und daß selbst die polnisch-katholischen Minderheiten das Recht auf Gottesdienste in der Muttersprache haben. Sind wir denn schlimmer als die Chinesen und Japaner, zu denen man nur Missionare sendet, die die Sprache dieser Völker beherrschen? Wir verbitten uns ganz entschieden, uns solche stummen Geistlichen aufzudrängen wie den Pfarrer Dhl.

Man muß sich die Zeiten der römischen Katakomben vergegenwärtigen, die Zeiten der härtesten Bedrängnis unserer Kirche. Wie damals die Gläubigen vor der Sturmflut des wilden Heidentums in ihre Verstecke geflüchtet sind, so sollten sich auch jetzt die unter dem Drange der Germanisierung und Protestantisierung stehenden Gläubigen an den Sonn- und Festtagen mit ihrer ganzen Familie, mit Verwandten und Bekannten um ihren häuslichen Herd scharen, daselbst gemeinsam beten und zur Beichte und hl. Kommunion zu den benachbarten polnischen Geistlichen gehen, die ihnen ihre Hilfe nicht versagen werden, sobald sie hören, um was es sich handelt.

Solch gemeinschaftliches Beten kann keine Regierung verbieten, und in eure Hütten hat das Amtsprachengesetz keinen Zutritt. Sobald sich ein solcher Boykott über die ganze Diözese verbreitet, muß die geistliche Behörde nachgeben und wenn nicht, dann werden die Gläubigen genötigt sein, noch wirksamere Mittel anzuwenden.

Möge uns niemand den Vorwurf machen, daß wir uns gegen die geistliche Behörde auflehnen. Das wollen wir nicht, Gott bewahre! Wir wollen rechtgläubige Söhne unserer Kirche bleiben; wir verlangen

nur Gerechtigkeit — und nichts weiter. Wenn man für ein Häuflein Franzosen und Italiener in Westfalen und Sachsen Geistliche kommen läßt, welche die Sprache dieser Leute beherrschen, dann haben wir Polen wohl um so mehr Recht zu verlangen, daß unsere Muttersprache berücksichtigt wird. Möge uns auch niemand die lächerliche Mär erzählen, daß sich in unseren Wünschen gegen den Staat gerichtete Agitation verstecke und daß wir den Bestrebungen huldigten, die polnischen Landesteile von Preußen loszureißen. Es wäre Zeit, daß solche dummen und kindischen Einfältigkeiten, die nur auf alte Weiber und Kinder Eindruck machen können, schließlich aufhörten. Auf ein Millionenheer, das so ausgebildet und bewaffnet ist, daß es jeden Augenblick in den Krieg ziehen kann, und zwar nicht nach 2, sondern nach 4 Fronten, könnten wir höchstens mit Säusen und Stöcken losgehen.

Und warum verfolgt uns diese Regierung so? Der Grund dafür ist der ewige, wilde Hass gegen alles, was slawisch ist, der Hass, der alles, was dem Stärkeren in irgend welcher Weise bei der Vergrößerung seiner Macht hinderlich ist, niedertritt und vernichtet. Das hat z. B. mit der größten Offenherzigkeit Bismarck zugegeben, indem er unseren Abgeordneten jene denkwürdigen Worte zurief: „Ich pfeife auf eure Wiener Traktate, sie sind in meinen Augen keinen Pfifferling wert und ihr, ihr schert euch nach Monako!“ Und unsere Abgeordneten hatten sonderbarerweise kein Wort der Entrüstung darüber, sie saßen — wie dies in solchen wichtigen Augenblicken gewöhnlich zu geschehen pflegt — ganz ruhig da und hörten mit der größten Ruhe und tiefster Demut den Donnerschlägen des eisernen Kanzlers zu, als ob er ihnen die größten Artigkeiten gesagt hätte. Diese Worte Bismarcks besagen: in der Politik bedeuten moralische Rücksichten, Grundsätze der Gerechtigkeit, ja selbst allgemein menschliche Begriffe nichts — der einzige Trumpf, der Bedeutung hat, das ist die eiserne Faust, die rohe Kraft, die alles unbarmherzig zerschlägt, was ihr nicht gefällt.

Aus Nr. 118 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 28. Mai 1909:

Die katholische Kirche im Dienste des preußischen Systems.

V.

Mit Recht bekämpft der Dziennik Bydgoski in einer seiner letzten Nummern die Vermutung gewisser Überpolitiker, als ob der neue Offizial in Pöplin die katholisch-polnische Frage jetzt anders betrachten, als ob er sie jetzt milder beurteilen würde und als ob das Zentrum überhaupt den Wunsch hätte, daß alle Zentrumsleute in Westpreußen den Polen näher treten möchten. Es kann sein, daß ein Teil des Zentrums die große Gefahr sieht, in welcher sich die katholische Kirche befindet. Aber das Zentrum als solches denkt gar nicht daran, mit den Polen Frieden zu schließen. Trotz der fortwährenden Hiebe und verschiedenen Affronts durch den Fürsten Bülow und die Konservativen hat sich das Zentrum in der Politik so verrannt, daß es sich für dasselbe nur darum handelt, die Gnade der Regierung und der Konservativen wiederzugewinnen, die Gewalt in weltlich-politischen Dingen zurückzuerhalten und vor allem den Präsidentensstuhl im Reichstage wieder zu besetzen. Was für eine Einbildung und welch ein Dünkel! Diesem Zentrum, das bei den letzten Wahlen im Wahlkreise Bomst-Meseritz das

Kompromiß mit den Polen ableugnete, das indirekt durch Nichterscheinen bei den Abstimmungen die Ansiedlungspolitik und dadurch eine intensivere Protestantisierung, uns aufhakte, das schuld an dem Ansiedlungsgefeß ist, kann kein aufrichtiger Pole und Katholik trauern.

Unser westpreussisches Zentrum ist eine Horde von Kreuzrittern, die die Taze der Regierung lecken, obwohl dies nur zum Schaden der katholischen Sachen geschehen kann, derselben Regierung, die uns bis zu dem Grade mißachtet, daß ein hoher Regierungsbeamter dem bekannten Regierungs-Erzbischof, einem loyalen Nebenbeamten, ohne dessen Protest zu erfahren zu sagen wagte: „Kardinälen, Kardinälen, nach 100 Jahren gibt es in Preußen keine Katholiken mehr!“

Mit Recht wurde deshalb auch in Gnesen geschlossen, bei Wahlen mit keiner deutschen Partei, am allerwenigsten mit dem Zentrum, Bündnisse einzugehen. Würden wir mehr politisches Verständnis besitzen, und würden wir uns vor allem nicht fortwährend fesseln mit Rücksichten auf das Zentrum, dann würden wir besser eingedenk sein dessen, daß in der Politik nur ein Grundsatz herrscht: Wer stärker ist, der ist besser, und: Jedes Mittel, das zum Ziele führt, d. i. zur Vernichtung des Gegners, ist erlaubt, wenn es auch scheinbar unmoralisch wäre. In dieser Beziehung gehen uns mit gutem Beispiele die weltlichen Behörden voran, die in der Wahl der Mittel nicht engherzig sind, nur um ihr Vorhaben durchzubringen. Betrachten wir doch nur die in der Geschichte berühmten Diplomaten: sie überboten sich in Ungerechtigkeit und Gewalttaten, und ein jeder von ihnen ist in Denkmälern aus Erz verewigt.

Deshalb gibt es auch für uns Polen in der parlamentarischen Vertretung nur einen Weg: Das Zusammengehen mit den radikalsten Parteien, um auf diese Weise der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Uns kann dies nicht mehr schaden, denn Schlimmeres als die Enteignung unseres Besitzes und unserer Sprache können wir nicht mehr erwarten.

Leider ist die Zusammensetzung unserer parlamentarischen Vertretung und der Einfluß des Zentrums derart, daß von unseren Abgeordneten nichts zu erwarten ist. Es gibt unter ihnen sogar solche — und das sind Geistliche —, die in diesen Zeiten zum Mittag- oder zum Abendbrot zu Ministern gehen.

Aus Nr. 119 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 29. Mai 1909:

Die katholische Kirche im Dienste des preußischen Systems.

VI.

Unser Freund Brandes hatte vielleicht etwas recht, wenn er i. Zt. behauptete: „Euer Unglück, Polen, ist es, daß ihr Katholiken, d. h. die Trabanten des Zentrums seid“. Wenn wir uns immer nach dem vorstehenden Grundsatz gerichtet hätten, würde die Welt dieses traurige und elende Bild, das unsere Abgeordneten bei den Beratungen über die Gesetze der erwähnten Enteignungen darstellten, nicht gesehen haben. So passiv und ruhig verhalten sich die Abgeordneten eines so brutal mißhandelten Volkes nicht. Einzig und allein die Sozialdemokraten fanden damals den richtigen Ton, den man gegenüber einer solchen Regierung anwenden muß, und sie allein haben uns erfolgreich verteidigt; unsere Abgeordneten dagegen hatten nicht so viel Mut und Energie, wohl deshalb, um die Regierung und das Zentrum nicht zu reizen. Das ist sehr traurig

und schmerzlich. Ist das nicht der Höhepunkt bitterer Ironie, daß die von der Kirche gehassten Sozialdemokraten die polnisch-katholische Situation gerettet haben!

Diese unsere nationale Würde und dieses unser nationales Ansehen, die wir insonderheit dann gerne hervorheben, wenn es uns an Argumenten fehlt, oder wenn wir Angst vor der Regierung und dem Zentrum verspüren, sind nichts anderes als unsere jetzt schon traditionell gewordene Furchtsamkeit und Energielosigkeit. Das Zentrum wird dann erst zur Einsicht kommen, wenn die protestantische Regierung, nachdem sie noch mächtiger geworden, den angekündigten neuen Kulturkampf beginnt, der angesichts der Resultate der Erziehung in unseren Priesterseminaren viel schlimmer zu werden verspricht als der gewesene Kulturkampf. Damals fielen 7 oder 8 Streber ab, später wird es wohl so viele Hunderte dieser Leute geben, und die Regierung wird eine neue mächtige und stets gehorsame „Staatskirche“ haben, die eine bequeme Etappe zur Protestantisierung sein wird.

Daß das nicht leere Schlußfolgerungen irgend eines Pessimisten sind, beweist schon allein die Tatsache, daß sich katholische Geistliche gefunden haben, die anstatt deutsche Zentrumsleute zu Wahlmännern zu wählen, Protestanten, ja sogar Juden gewählt haben, um bei der Regierung nicht in Ungnade zu fallen und nicht die Aussichten auf eine fette Pfarrpfünde zu verlieren. Das genügt doch wohl. Das Gewissen eines solchen Strebers muß gar schön aussehen! Wenn die geistliche Behörde solchen Geistlichen gegenüber keine Macht besitzt, dann ist sie aufrichtig zu bedauern. Eine solche Behörde hat ihre Aufgabe verfehlt.

Es ist nicht übertrieben, wenn behauptet wird, daß unsere heutigen Priesterseminare die Verbreiter des Diener- und Strebertums — natürlich nur nach der bekannten Richtung hin — sind, und zwar deshalb, weil sie die Werkzeuge der rücksichtslosen Germanisierung und somit der Protestantisierung sind. Seminare, in denen ein solcher Geist herrscht, bringen der katholischen Sache nur Schaden; deshalb würde die Kirche hier im Osten nichts verlieren, wenn man diese Seminare schlösse. Vergessen wir nicht, daß uns die tüchtigsten Geistlichen der Kulturkampf-erzogen hat. Trotzdem die Seminare damals geschlossen waren, wandte sich die Jugend gerne dem geistlichen Stande zu und hatte stets ausreichende Fonds zum Universitätsstudium aus kirchlichen und Privatquellen. Hier und da mangelte es vielleicht an Geistlichen, doch diejenigen, die damals geweiht wurden, waren alle tüchtige Charaktere. Das waren die Kapläne, welche die Gendarme wie die Spitzbuben meilenweit zu Fuß ins Gefängnis führten, die Jahre in Gefängnissen verbrachten und sich doch nicht bezwingen ließen und ihre geistliche Ehre nicht der weltlichen Behörde opferten. Und heute? Daß sich Gott erbarm! Deshalb kann man der geistlichen Behörde auch nicht recht geben, wenn sie ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung mit der Befürchtung, daß die Seminare geschlossen werden könnten, zu erklären sucht. Ich wiederhole: die Kirche würde hier im Osten nur gewinnen.

Alle Zeichen sprechen dafür, daß für unsere Kirche hier im Osten schwere Zeiten nahestehen.

O, wäre ich doch ein falscher Prophet!

Aus Nr. 125 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 4. Juni 1909:

Zu dem im Dziennik Bydgoski erschienenen Artikel „Die katholische Kirche im Dienste des preussischen Systems“ schreibt der Dziennik Berliński folgendes:

Wenn so etwas in alten polnischen Ländern geschieht, was soll man da von den bezüglichen Verhältnissen in der brandenburgisch-pommerschen Diaspora sagen. Hier herrschen solche Zustände, daß die nichtpolnischen Pfarrer und Parochialverwalter sich gewissermaßen mehr als Staatsbeamte, denn als Diener der Kirche betrachten und sich mehr um die polizeilichen Rapporte als um die Lehren des Schöpfers der katholischen Kirche kümmern. Es ist sogar soweit gekommen, daß nicht der Bischof, sondern die Polizei den betreffenden Pfarrer fragte, weshalb er, nachdem er sich geweigert und die jahrelang wiederholten Wünsche seiner polnischen Parochianen unerfüllt gelassen, nunmehr in der Kirche eine polnische Mission ausnahmsweise veranstaltet habe.

Durch die Nachgiebigkeit des Bischofs sind hier Zustände eingetreten, daß sich die Polizei als Aufsichtsrat der katholischen Kirche etabliert hat und die kirchliche Tätigkeit der Geistlichkeit kontrolliert, obgleich sie hierzu keinerlei Recht besitzt. Manche Geistlichen fürchten die Polizei dermaßen, daß sie, wenn sie für die polnischen Parochianen ausnahmsweise etwas tun wollen, die Redaktion des Dziennik Berliński durch Abgesandte dringend erjuchen lassen, hierüber nichts vorher zu berichten. Die polnische Bevölkerung aber verläßt ihre frühere Heimat in so wenig aufgeklärtem Zustande, daß sie der Geistlichkeit, die von den Polen nichts wissen will, sofort volles Vertrauen entgegenbringt, wenn sie den Polen auch nur den Schein eines Zugeständnisses vor Augen führt. Diese Polen verübeln es sogar dem erfahrenen Redakteur, wenn er den Optimismus nicht teilt und den betreffenden Geistlichen seinem Verdienste entsprechend behandelt.

Aus Nr. 125 des Ogródnik (Posen)
vom 4. Juni 1909:

Pawlowice bei Lissa.

Der hiesige

Straschverein,

der am 27. Dezember 1908 gegründet wurde, hat bisher drei Sitzungen abgehalten. Man befaßte sich hauptsächlich mit Vorträgen und Unterredungen, sowie mit dem Verlesen von Tageszeitungen und Vierteljahrsnummern des Organs Strasch. Sehr erwünscht wären polnische Lieberbücher zur Verteilung unter unsere Jugend.

Der Vorsitzende.

Aus Nr. 127 des Postep (Posen)
vom 6. Juni 1909:

Straschverein des Bezirks Szczytnik Königlich.

Ein Verein Strasch ist am 3. Januar d. J. in einer vertraulichen Versammlung in Szczytnik Königlich gegründet worden. Der Verein zählt gegenwärtig 27 Mitglieder, darunter 2 Frauen. Die Versammlungen finden regelmäßig am letzten Sonntag jeden Monats statt. Der Besuch derselben durch Mitglieder und Gäste ist verhältnismäßig ziemlich zahlreich, obwohl von den letzteren sehr selten jemand Mitglied wird. Wir arbeiten jedoch gerne in der Hoffnung, daß wir mit der Zeit das Ziel erreichen werden. Bis jetzt sind vier Versammlungen abgehalten worden, in welchen vier Vorträge gehalten wurden, nämlich: 1. „Von der Vaterlandsliebe, d. h. was bedeutet ein Vaterland und die Pflichten ihm gegenüber.“ 2. „Von den Aufgaben

und Bestrebungen der Straß." 3. „Kosciuszko, sein Leben und seine Taten." 4. „Zum 3. Mai — aus der Geschichte der Gründung der berühmten Konstitution."

Aus Nr. 121 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 2. Juni 1909:

Czeżewo, 31. Mai 1909.

Ein Stück polnisches Land war hier in Gefahr, es gelang aber, es zu retten. Herr Matthias Leman (ein Pole) wollte seine 80 Morgen große Wirtschaft an einen Deutschen verkaufen, der Kaufkontrakt sollte schon geschlossen werden. Dank der Bemühung des Propstes Soltysinski fand sich ein polnischer Kaufmann, Herr Wrotek, der mehr zahlte als der Deutsche. Herrn Wroteks Besitztum erstand Herr Soltysinski und ermöglichte somit den Kauf. So bleibt denn unser Dorf weiterhin rein polnisch, wofür wir insbesondere Herrn S., der im Sinne des Grafen Bniński verfährt und uns vor dem Deutschtum schützt, dankbar sind. Über Herrn Leman aber wundern wir uns, daß er uns, ohne auf die Nationalität und den Glauben zu achten, einen Deutschen in das Dorf hineinlassen wollte.

Aus Nr. 122 des Postep (Posen)
vom 30. Mai 1909:

Korrespondenz aus Jersiz.

— Im Mai. —

Wie man auf Kosten anderer ein guter Patriot und Pole sein kann:

Im April v. J. kam zu mir Herr Siforski, der Direktor der Parzellierungsbank in Posen, und bat mich, mit ihm zusammen nach Zabikowo zu fahren und das Besitztum seiner Frau zu besichtigen. Er hatte nämlich vom Distriktskommissarius ein Strafmandat des Inhalts erhalten, sofort die Häuser zu reparieren, weil sie baufällig seien. Nach Besichtigung der Häuser und Besprechung dieser Angelegenheit gingen wir zusammen auf den Bahnhof Luban. Dort trafen wir mit Herrn J., einem Ziegeleibesitzer aus Zabikowo, zusammen. Herr J. fragt den Herrn Siforski um den Grund seines Hierseins. Herr Siforski gab zur Antwort, daß er hier in Zabikowo ein Besitztum von Malecki habe und wenn J. wolle, so könne er dasselbe von ihm kaufen. Herr J. fragte um den Preis und Herr Siforski forderte 50000 Mk. Herr J. bot 40000 Mk. und sagte, Herr Siforski könne ihn jederzeit telephonisch zum Notar rufen; denn für diesen Preis wolle er ihm das Besitztum abkaufen. Als wir nach Posen kamen, nahm mich Herr Siforski in ein Lokal mit und sprach zu mir: „Dieses Geschäft machen wir, nur muß J. noch etwas zulegen. Doch weder ich noch meine Frau können dieses Besitztum dem J. unmittelbar verkaufen, denn J. ist ein Deutscher. Aber Sie können es von meiner Frau kaufen und dann dem J. weiter verkaufen. Dabei werden Sie mehr verdienen als an Ihrer Zimmerei und Maurerei. Sie verdienen 2000 Mk.“ Ich gab dem Herrn Siforski zur Antwort, daß ich kein Geld besitze, um ein solches Besitztum kaufen zu können. Da sprach Herr Siforski: „Haben Sie nur keine Angst, ich werde den Kontrakt so aufsetzen, daß keine Partei mehr zurücktreten kann, und zur Anzahlung leihe ich Ihnen ein paar Tausend Mark.“ Ich entschuldigte mich mit der Unkenntnis solcher

Geschäfte und auch damit, daß ich durch eine solche Handlungsweise die Empörung aller meiner Freunde hervorrufen würde. Auch gehöre ich verschiedenen Vereinen an und arbeite an unseren sozialen Sachen mit, so oft die Notwendigkeit an mich herantritt. Hierauf trennten wir uns, und ich ging nach Hause. Unterwegs traf ich Herrn J., der auch in Jersiz wohnt, und fragte ihn, ob er wirklich dieses Besitztum kaufen wolle. Er gab eine bejahende Antwort. Ich erzählte ihm nun, daß er als Deutscher dieses Besitztum von Herrn Siforski aus freier Hand nicht bekommen würde, denn Herr Siforski sei Pole und Direktor einer polnischen Bank und seine Frau sei auch eine sehr gute Polin, und da könnten sie unmöglich ihr Besitztum einem Deutschen verkaufen, denn das gäbe einen Skandal. Ich erzählte dem J. auch von dem Vorschlage des Siforski und auch von meinem Entschlusse, auf diesen Vorschlag nicht einzugehen. Auch J. meinte, er werde, wenn er das Besitztum nicht unmittelbar von Siforski kaufen könne, von dem Kauf überhaupt zurücktreten. Mit J. sprach ich nie mehr über diese Angelegenheit, obwohl Siforski öfters danach fragte. Einen Monat später übernahm ich die Reparatur der Wohnhäuser und den Umbau der Ställe zu Wohnhäusern und zur Bäckerei. Wie ich bei dieser Arbeit abgeschnitten bin, davon ein andermal.

Ein Gewerbetreibender aus Jersiz.

Aus Nr. 66 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 3. Juni 1909:

Ist denn einem Kommissar alles erlaubt?

Der Eigentümer Herr Joseph Perz aus Janow-przygodzkie ist zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Von dieser Wahl hatte man den Distriktskommissar in Kenntnis gesetzt mit dem Antrage um Bestätigung. Ehe es indes dazu kam, erhielt Herr Perz von dem Kommissar einen Brief des nachstehenden Inhalts:

Czarnylas, 26. Mai 1909.

Ich ersuche um sofortige Übersendung einer Erklärung, daß Sie aus der polnischen Bank ausgetreten sind.

Es folgt eine unleserliche Unterschrift.

Wir fragen, ob dem Kommissar alles erlaubt ist, denn er hat doch nicht das geringste Recht, die Bürger in ihren Rechten zu knebeln. Obgleich es sich um Polen handelt, die im allgemeinen wie Bürger zweiter Klasse traktiert werden, so ist doch das Verfahren des Herrn Kommissars gegenüber den polnischen Banken, die bis jetzt sogar die Regierung nicht anzugreifen gewagt hat, keineswegs zu billigen. Der Herr Kommissar schadet durch sein Verfahren den Interessen und der Entwicklung der Bank, wofür er in jeder anderen Gesamtheit und in anderen Verhältnissen sicherlich zur Verantwortung vor das Gericht gezogen werden würde. Ist denn in Preußen den Beamten tatsächlich alles erlaubt?

Aus Nr. 123 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 2. Juni 1909:

Das Testament des verstorbenen Prälaten Dr. Warminski.

Am 28. Mai d. J. wurde vom hiesigen Amtsgericht das Testament des verstorbenen Prälaten Dr. Warminski publiziert. Das Testament enthält außer Vermächtnissen zu Gunsten von Verwandten und

anderen Personen eine Reihe von Legaten für kirchliche und öffentliche Zwecke. Unter anderem bestimmte der Verstorbene 30 000 *M* für den Marcinkowskiverein und 5000 *M* für den Verein der Freunde der Wissenschaften; 50 000 *M* für den erzbischöflichen Stuhl mit dem Wunsche, nach einer bestimmten Zeit die Zinsen im Interesse von unheilbaren Kranken der beiden Erzbischöfen zu verwenden; 12 000 *M* für einen Fonds, dessen Zinsen als Stipendium für einen polnischen Theologen der Posener und Gnesener Erzbischöfe zum Universitätsstudium verwendet werden sollen, usw.

Die für die öffentlichen Zwecke bestimmten Legate sollen den Namen des in Bromberg verstorbenen Rats Dr. Stanislaus Warminski, des Bruders des Testators, tragen.

Der Rest des Nachlasses, bezüglich dessen keine bestimmten Vorschriften getroffen wurden, soll durch den Universalerben nach dessen Ermessen für öffentliche Zwecke verwendet werden. Zum Universalerben wurde der Justizrat, Herr von Glembocki in Posen, ernannt.

Herr von Glembocki beabsichtigt, wie wir aus kompetenter Quelle erfahren, ehe er den ihm erteilten Auftrag erfüllt, den Rat mehrerer Vertrauensmänner einzuholen. Der Verwendungsnachweis über das Geld soll feinerzeit veröffentlicht werden.

Vorläufig stellte der Universalerbe den Antrag um gerichtliche Inventarisierung des Nachlasses.

Aus Nr. 123 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 4. Juni 1909:

Aufruf!

Bromberg, in den Grenzmarken des Großherzogtums Posen gelegen, birgt in sich eine bedeutende Zahl polnischer Arbeiterbevölkerung, die mit Herz und Seele an dem heiligen Glauben ihrer Väter hängt. Die Lage dieses Volkes ist nicht besonders gut, denn der Familienvater und seine Gattin müssen tagsüber außer dem Hause schwer arbeiten, um die Familie zu ernähren, um die Kinder können sie sich wenig kümmern.

Es ist klar, daß dadurch die religiöse Erziehung und die Moralität des zukünftigen Geschlechts viel Einbuße erleiden müssen.

Aber nicht nur die geistige Entwicklung, sondern auch die Gesundheit der Kinder bedarf der Berücksichtigung. Die Wohnungen vieler Arbeiter sind feucht, finster und eng, die Ernährung der sich entwickelnden Jugend ist unzureichend.

Um die Bedürfnisse der erwachsenen Arbeiter bemühen wir uns selbst, soweit es in unseren Kräften steht, aber unsere Anstrengungen reichen nicht aus für die Unterstützung der Kinder, deshalb wenden wir uns in diesem Jahre an das polnische Publikum mit der herzlichsten Bitte um Hilfe.

Wir möchten in den Ferien wiederum eine möglichst große Zahl von Kindern, die frischer Luft, Nahrung und Obhut bedürfen, auf den Dörfern unterbringen.

Wir garantieren dafür, daß nur solche Kinder berücksichtigt werden, die der Hilfe bedürfen, Kinder achtbarer Eltern, daß jedes Kind vorher vom Arzte untersucht werden wird, ob es etwa an einer ansteckenden Krankheit leidet, daß wir die Kinder bis zur Eisenbahnstation des betreffenden Aufenthaltsortes befördern, daß wir sie mit Geldmitteln für die Rückreise versehen werden und daß wir uns den Wünschen unserer Wohltäter anpassen wollen.

Wir bitten um gütige baldige Antwort an den Herrn Pfarr-Administrator Jagalski in Bromberg,

wieviel Kinder, welchen Alters und Geschlechts man zu nehmen wünscht.

Über die Einzelheiten der Unterbringung werden wir die betreffenden Herrschaften brieflich unterrichten.

Im Namen des Komitees:

Geistl. Jagalski.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 68 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 8. Juni 1909:

Ein wirklich israelitisches Wehklagen

Ist unter den Deutschen aus Anlaß der Rolle ausgebrochen, welche die Polen bei der Sprengung des Reichstagsblocks gespielt haben. Die Liberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten ringen die Hände und sagen verzweifelt, daß der Herrgott die Deutschen wohl verlassen wird, wenn die Polen im Reiche regieren werden, und wenn von ihnen die Beschließung der Gesetze im Deutschen Reiche abhängig sein wird, dann werden die Polen im Deutschen Reiche das verwöhnte Kind werden, dem die Regierung zu folgen gezwungen sein wird, um es nicht zu reizen. Die Regierung wird also den Polen helfen das polnische Königreich aufzurichten, und alle bisherigen alten Gesetze werden zum alten Gerümpel geworfen.

So wehklagen die Parteien, die bisher dem Bloch angehört haben, sowie die Sozialdemokraten, denen der Bloch sehr willkommen war. Der Hafatismus, der in letzter Zeit ruhiger geworden ist, beutet natürlich diese antipolnische Gesinnung der deutschen Parteien aus und facht die antipolnische Bosheit der Liberalen an. Der hafatistische Hauptschreier, die Tägliche Rundschau, die bis zu einer gewissen Zeit auch der Kaiser gelesen hat, zerreißt sich förmlich und tut, als wenn die Polen die Deutschen schon abgeschlachtet, und gleich einem Propheten in der Wüste droht sie den Deutschen, daß ihre Söhne und Enkel sie verfluchen würden, wenn sie den Polen gestatten sollten, sich im Reiche breit zu machen und wenn sie mit der bisherigen antipolnischen Politik brechen wollten.

Daraus ist zu ersehen, daß die polnischen Abgeordneten irgend eine Dankbarkeit dafür, daß sie bei der Beschließung der neuen Steuern mithelfen, nicht nur nicht zu erwarten haben, sondern daß sie zum Überfluß noch das Wohlwollen derjenigen Parteien verlieren werden, die ihnen bisher einigermaßen wohlgeinnt waren, und zu diesen Parteien gehören auch die Fortschrittler sowie die Sozialdemokraten.

Von den Konservativen und Zentrums Männern können die Polen ebenfalls keine Wohltaten erwarten, möchte sich aber an ihnen nicht das Sprichwort bewahrheiten: Für dein Geld erhältst du Stockschläge. Daß die Polen für ihre Dienste bei der Beschließung der neuen Steuern irgend welche Erleichterungen für ihre Nationalität erlangen sollten, wenn auch nur für ihre Sprache in den Schulen, davon ist vorläufig keine Rede. Es ist gut, wenn wir uns das sagen, dann werden wir wenigstens nicht über die Undankbarkeit der Regierung reden, wenn sie uns nichts geben wird. Wir können auch nicht einmal darauf rechnen, daß in den Schulen der Religionsunterricht in der Muttersprache eingeführt werden wird. Wir können höchstens eine Milderung der unmenschlichen Verfolgung erwarten, mit der man uns gegenüber nicht spart. Vielleicht werden sie uns mit weiteren Gesetzen unbehelligt lassen, die bezwecken sollen, uns das Land aus den Händen zu reißen. Vielleicht werden sie auch ein Gesetz nicht

einbringen, das jede Parzellierung unter Polen verbietet. Bisher ist gesagt worden, daß die antipolnischen Gesetze einzig und allein deswegen geschmiedet würden, weil die Polen Feinde des Staates seien. Jetzt werden sie sich wohl überzeugen, daß die polnischen Abgeordneten nicht Landesfeinde sind, und daß sie gern für das Wohl des Landes arbeiten. Denn wenn die polnischen Abgeordneten nicht wären, dann würde das ganze jetzige Steuergesetz in Stücke gehen. Sie haben mit ihren zwei Stimmen in der Finanzkommission nicht nur verschiedene Steuern gerettet, sondern ohne sie würde die Regierung überhaupt keine beschlossenen Steuern haben, weil keine Mehrheit dafür vorhanden gewesen wäre. Die Polen haben sich jetzt also als wirkliche Stützen des Deutschen Reiches erwiesen, und wenn die Regierung für den ihr geleisteten Dienst mit gleichem Maße vergelten wollte, dann müßte sie sie mit Wohltaten überschütten.

Diese Wohltaten werden wir wohl nicht erleben, aber gegenwärtig hätten wir wohl ein Recht zu fordern, daß die Regierung uns schließlich in Ruhe läßt, und daß sie aufhört, uns wie verpestete Leute zu behandeln. Wir haben ein Recht zu fordern, daß man uns schließlich wie anständige Leute behandelt.

Aus Nr. 68 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 8. Juni 1909:

Ein katholischer Staatsgeistlicher.

Jener Geistliche, der im Westpreußischen Volksblatt den Grundsatz aufgestellt hat, daß nicht die Eltern, sondern die Geistlichen darüber zu entscheiden haben, in welcher Sprache das polnische Kind zu den heiligen Sakramenten vorbereitet werden soll, hat in Oberschlesien einen würdigen Nachfolger gefunden. Am Pfingsttage, also am Feiertage der Muttersprache, hat dieser in der lutherischen und polenfreierischen Schlesiens Zeitung einen Artikel veröffentlicht, in dem er u. a. schreibt:

„Es ist eine bekannte Tatsache und ein Zeichen guten Fortschrittes der Germanisation, daß ein großer Teil der oberschlesischen katholischen Geistlichkeit mehr als ehemals dem Beicht- und Kommunionunterricht in deutscher Sprache da, wo es angängig ist, vor dem polnischen den Vorzug gibt, auch auf die Gefahr hin, daß der Polonismus seine lärmenden Geister zitiert, um Schmach und Schande über diese Art verpreußten Klerus rufen zu lassen. Und wirklich geben die Zeiten der Erstkommunionen der großpolnischen Presse willkommenen Anlaß, um die hierzu gehörige unterrichtliche Tätigkeit der Geistlichen am immer gültigen, heiligen Polenprogramm zu prüfen, „ihren“ Geistlichen das übliche Bóg zapłać (Gott bezahls) abzustatten, auf Neubildungen und gefährliche Strömungen in den einzelnen Gemeinden hinzuweisen und die Eltern zu ermahnen und auf Gottes strafende Gerechtigkeit hinzuweisen, die wolle, daß die Kinder polnisch erzogen und gebildet werden.“

Ferner heißt es in dem Artikel:

„Es gehört eine mechanische Auffassung vom Wesen der Sprache dazu, um zu behaupten, ein Kind der Oberklasse, dem die deutsche Sprache geläufig ist (geläufiger jedenfalls als die polnische), könne nicht mit Erfolg am deutschen Religionsunterricht teilnehmen, weil dieser das Herz des Kindes nicht erreiche und das Gemüt kalt lasse. Lasse man doch endlich einmal von diesem pädagogischen Vorurteil! Nicht Gefühlswesen sollen gebildet werden — deren haben wir unter den Polen überviel — sondern religiöse Menschen. Wie anders kann aber das Gemüt erfüllt, der Wille gebunden, dem Willen

Ziel und Richtung gegeben werden, ohne eine solide, klare Erkenntnis? Ist diese erst da, so wird sich das andere von selbst tun, sofern es am persönlichen Anteil des Religionslehrers nicht fehlt. Demnach haben die Frage, ob ein Kind der deutschen oder der polnischen Unterrichtsabteilung zugewiesen werden soll, nicht die Eltern, sondern die Kirche bzw. der von ihr bevollmächtigte Lehrer der Religion zu entscheiden. Andererseits darf natürlich ebensowenig gestattet werden, daß dieser Religionsunterricht durch großpolnische Geistliche nationalisiert werde. Und wenn ein Zentrumsblatt den neulichen Bericht über die Tatsache, daß ein oberschlesischer Pfarrer die Kinder gleichsam zum polnischen Religionsunterricht zwingt, damit abtat, daß es schrieb, das Bestimmungsrecht über die Art dieses Unterrichts komme der Kirche zu, so kann ich dem beipflichten, mit der notwendigen Einschränkung aber, daß der Diözesanbischof der alleinige, weil unmittelbar autorisierte Religionslehrer seiner Diözese ist und Geistliche wie Lehrer seine Mandatare sind. Es muß unbedingt bestritten werden, daß Se. Eminenz der Herr Kardinal damit einverstanden ist, daß einer seiner Pfarrer die Art der Einweisung in die heiligste Disziplin von seiner nationalen Gesinnung abhängig macht und das Bedürfnis ignoriert. — Aber angenommen, diese Art der Betätigung trage anderweitig die Approbation des Bischofs oder, wie man gewichtiger sagt, der Kirche, so bedeutet dies eine für den christlichen Staat handgreifliche Benachteiligung, weil die Unterrichtssprache in den Ostmarken zweifelsohne zu den Grenzgebieten gehört, über die sich der räumlich begrenzte Staat und die Universalkirche zu verständigen haben. Auf jeden Fall muß Bewahrung dagegen eingelegt werden, daß der außerhalb des Schullehrplans liegende Beicht- und Kommunionunterricht zum Opferaltar für den Gözen Nationalismus hergerichtet werde oder daß deutsche Einsprengungen, die sich heute in jeder Gemeinde finden, sei es auch nur aus Bequemlichkeit, als nicht vorhanden angesehen werden. Die Wahl der Sprache kann sittlich nur vom Zweck der Verständigung abhängen, nicht von persönlichen Neigungen oder gar von der Schablone. Und in dieser Hinsicht wird die innerliche Bindung und Lösung bei 10- bis 14-jährigen Kindern mit Hilfe der deutschen Sprache jedenfalls besser vorstatten gehen als mit Hilfe der polnischen, zumal wenn die Kinder nicht einmal polnisch lesen können.“

Solche Sachen hat ein katholischer Geistlicher geschrieben. Die Geistlichen, welche dem Staatskatholizismus das Wort reden, mehrten sich. Wir wiederholen, was wir schon vor Wochen geschrieben haben, daß diese neuen Strömungen, welche die deutschen Geistlichen zu erfassen beginnen, für uns die größte Gefahr bergen. Und warum? Der Umstand, daß fast gleichzeitig ein Geistlicher unserer und der Breslauer Diözese der Verdeutschung der polnischen Kinder des Wortes geredet haben, scheint die Ansicht zu bestätigen, daß sich die preußisch-deutschen Bischöfe unter einander verständigt haben. Denn man kann doch unmöglich annehmen, daß die deutschen Geistlichen auf eigene Faust derartige Grundsätze verkündet hätten.

Nach unserer Ansicht muß — was wir wiederum wiederholen — die polnische Geistlichkeit irgend einen entscheidenden Schritt bei den Herren Bischöfen unternehmen, und wenn diese die Agitation von seiten der Geistlichen nicht verurteilen sollten, dann sollte sich die Geistlichkeit an den hl. Stuhl wenden. Wenn es schon soweit gekommen ist, daß ein deutscher Geistlicher zu schreiben wagt, Geistlichen „großpolnischer Gesinnung“ dürfe nicht gestattet werden, dem Religionsunterricht einen nationalen Charakter zu geben, so ist das der beste

Beweis dafür, daß die polnischen und deutschen Geistlichen allmählich verlernen, sich gegenseitig zu verstehen.

Wer soll denn den Geistlichen „großpolnischer Gesinnung“ verbieten, der Religion einen nationalen Charakter zu geben, wenn es ein deutscher Priester fordert? Niemand anders als der Bischof. Es ist schon weit gekommen, wenn die deutschen Geistlichen den Bischof zur Hilfe anrufen gegen die polnischen Geistlichen in politischen Angelegenheiten, damit aus ihnen Diener der gegenwärtigen preußischen Politik gemacht würden.

Aus Nr. 68 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 8. Juni 1909:

Durch Schaden wird man klug.

In der vorigen Nummer haben wir von dem Übertritt eines Zwangsprotestanten, des 14jährigen Johann Püchler aus Pudewitz, zum Katholizismus berichtet. Er war deshalb Zwangsprotestant, weil seine Mutter, eine polnische Katholikin, einen protestantischen Deutschen geheiratet hatte. Es haben da weder Bitten noch Tränen, noch Klagen geholfen. Zum Glück hatte diese Mutter, was selten vorkommt, schnell ihren Fehler erkannt, und sie beschloß, ihn wieder gut zu machen. Glücklicherweise erreichte ihr Sohn das 14. Lebensjahr, und er konnte nun formgerecht in den Schoß der katholischen Kirche übertreten, der er im Geiste schon früher angehört hatte. Aber nimmt ein derartiger unpolnischer und unkatholischer Schritt immer einen so verhältnismäßig guten Ausgang? Uns will es scheinen, als wenn das nur eine Ausnahme wäre.

Die Geschichte des 14jährigen Püchler und seiner Mutter muß also verschiedene Polinnen abschrecken, denen häufig genug Lehrer und ähnliche Erscheinungen der preußisch-deutschen Beamtenerschaft gefallen, deren Mund geknebelt ist, und die, auf jedem Schritt verfolgt, ob sie wollen oder nicht, so tanzen müssen, wie es ihnen das gegenwärtige antipolnische System und der Hafatismus befiehlt. Und dieses System strebt offen zur Germanisierung und Protestantisierung.

Das ist nicht die einzige Polin, die durch hochmütige Grimassen und blinkende Knöpfe verführt, zu spät erkannt hat, daß es besser ist, mit einem kräftigen polnischen Arbeiter zu lachen, als mit einem geknebelten preußischen Beamten zu weinen. Es ist doch mehr denn zu viel bekannt, daß ein polnischer Beamter entweder die Verbannung in rein deutsche, häufig sogar protestantische Gegenden oder aber mindestens die Verleugnung des Polentums zur Wahl hat. Das eine ist schlecht, und das andere ist noch schlechter, und bald erlebt die ihrer Kirche und dem Vaterlande treue Polin eine Enttäuschung, die ihr ganzes Leben mit Bitterkeit erfüllt.

Gemischte Ehen, selbstverständlich nicht nur einer Polin mit einem Deutschen, sondern auch eines Polen mit einer Deutschen, sind nicht nur eine Sünde gegen die Kirche und gegen das Vaterland, sondern auch gegen das eigene Glück.

Dieses Übel müssen wir ausrotten. Wir müssen uns dabei aber vergegenwärtigen, daß es fast immer die Frucht einer schlechten Saat, die Folge des gesellschaftlichen Verkehrs der Polen und Polinnen mit den Deutschen ist. Der Hafatismus wird so lange herrschen, solange wir uns nicht bedingungslos mit den Deutschen in herzlicher Weise werden zusammenschließen können. Denn dadurch werden wir in nationaler Beziehung gleichgültig und werden für die oben getadelte nationale Sünde empfänglich. Es ist doch bekannt, daß in dem

Kampfe mit Versuchungen derjenige sicher Sieger bleibt, der der Versuchung ausweicht.

Wer für seine nationale Sonderstellung gegen eine derartige Niederträchtigkeit zu kämpfen hat, wie wir, der muß sich auf das äußerste absondern, um sich an dieser Niederträchtigkeit nicht anzustecken.

Aus Nr. 125 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 4. Juni 1909:

Stargard.

Der Genossenschaftskursus ist hier abgehalten worden, und zwar mit der Änderung, daß der durch Krankheit verhinderte Vizepatron Dr. Rzepniowski seine Vorträge nicht gehalten hat. Die Beteiligung am Kursus war sehr zahlreich. Es haben 80 Mitglieder der benachbarten Genossenschaften daran teilgenommen. Zu diesem Kursus waren nicht alle, sondern nur die Hälfte der in Westpreußen vorhandenen Genossenschaften eingeladen. Es waren 27 Genossenschaften vertreten; Stargard, Danzig, Sierakowiz, Flatow, Bruch, Wielle, Hochstättlau, Kulm, Long, Tuchel, Neustadt, Berent, Löbau, Dirschau, Skurcz, Strassburg, Offiek, Gr.-Komorzk, Skarszewo, Mewe, Czerzk, Elwiz, Karthaus, Lipusch, Pierischowice. Unter den Teilnehmern befanden sich 44 Vorstandsmitglieder, 25 Aufsichtsratsmitglieder und 11 gewöhnliche Mitglieder. Darunter waren folgende Berufsclassen vertreten: 12 Geistliche, 16 Landwirte, 27 Kaufleute und Gewerbetreibende, sowie 25 verschiedenen Berufsclassen angehörige Personen. Außerhalb der Vorträge haben die Kursusteilnehmer das Genossenschaftslokal besucht, um seine Einrichtungen kennen zu lernen und sich über die Buchführung zu unterrichten.

Aus Nr. 69 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 10. Juni 1909:

Kulmsee.

Der Druckereibesitzer Robert Geißel hat sein hiesiges Grundstück zum Preise von 37 500 M verkauft und verzieht nach Graudenz, wo er vom 15. Juni ab ein neues Blatt unter dem Titel „Graudenzener Tageblatt“ herausgeben wird. Jedenfalls wird dieses Blatt gerechter sein, als der „Geßellige.“

Aus Nr. 69 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 10. Juni 1909:

Dankagung.

Aus Anlaß des Unglücksfalles, der den Tod meines Mannes Stephan herbeigeführt hat, hat mir der Pielgrzym eine Unterstützung von 200 M ausgezahlt.

Für diese große Hilfe danke ich dem geliebten Pielgrzym auf das herzlichste.

Garcz, Parochie Chmielno.

Marianna Krol, Witwe.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 128 des Górnoślazak (Kattowitz)
vom 8. Juni 1909:

Wahlen im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg.

Am 12. Juni d. J. soll die Wahl eines Landtagsabgeordneten im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg stattfinden, weil der bisherige Abgeordnete Graf Gustav Ballestrem aus Kottau gestorben ist.

Unsere höchste Wahlbehörde teilt uns folgendes mit:

Wir haben beschlossen, bei den Ersatzwahlen in das Abgeordnetenhaus im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg eine besondere Kandidatur nicht aufzustellen.

Gleiwitz, den 3. Juni 1909.

Das polnische Provinzialkomitee für Schlesien.

Hanke. Dr. Rozanski. Dr. Hyla. Dr. Hager.
Stenslicki. Waliczek. Wolny.

Wie man hört, stellt die Zentrumsparthei als Kandidaten den Grafen Leopold Ziethen aus Smolice, Kreis Gostyn im Posenischen auf.

Katolische Blätter heben hervor, daß Graf Ziethen den Polen wohlgesinnt sei.

Der Dziennik Poznański erinnert daran, daß Graf Ziethen als einer der ersten den Protest gegen die Enteignung unterzeichnet, d. h., sich gerecht gezeigt hat.

Aus Nr. 129 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 9. Juni 1909:

Eine Wählerversammlung für den Kreis Pleß.

Am verflossenen Sonntag, den 6. d. M., im Saale des Herrn Stryczek zu Dzieditz statt. Zu der Versammlung war ein ziemlich großer Kreis von Volksgenossen aus verschiedenen Gegenden des Kreises erschienen. Diese Versammlung mußte ins Ausland einberufen werden, weil im Kreise kein Versammlungsaal aufzutreiben war. Prof. Badura eröffnete die Versammlung und erstattete ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des bisherigen Wahlkomitees. Zum Leiter der Versammlung wurde Direktor Wiera, zum Schriftführer Herr Kędzior gewählt. Der Vorsitzende dankte für das ihm geschenkte Vertrauen, begrüßte unseren Abgeordneten Dr. Seyda, der zu dieser Versammlung erschienen war, und erteilte ihm das Wort. Der Herr Abgeordnete drückte seine Freude aus, daß er endlich einmal zu seinen Wählern sprechen könne. Er sprach sein Bedauern aus, daß er nichts Erfreuliches sagen könne, weil in der verflossenen Session wieder einige Ausnahme Gesetze geschmiedet worden seien. Im weiteren Verlauf seiner Rede erstattete er ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Abgeordneten, womit sich die Versammelten vollständig einverstanden erklärten, wofür ein Beweis die häufigen Bravour- und Beifallsbezeugungen waren. Der Vorsitzende dankte dem Herrn Abgeordneten für seine Ansprache und brachte auf ihn ein Hoch aus, in welches die Versammelten begeistert einstimmten. Als dann wurde zur Wahl der neuen Mitglieder des Wahlkomitees geschritten. Gewählt wurden folgende Herren: Valentin Czardychon, Freischulzengutbesitzer in Paprochahn, Vorsitzender, Johann Kędzior aus Pleß, Schriftführer, Josef Lazar aus Brzesce, Kassierer, Direktor der Volksbank Paul Wiera, Delegierter, Dr. Anton Rogalski aus Pleß, stellvertretender Delegierter, Valentin Gosala aus Niedzina, Paul Barczynski aus Cwikkice, Ludwig

Brombojcz aus Wyrow Valentin Gons aus Urbanowicz, Paul Miczek aus Garkow, Johann Szafraniec aus Orzesche, Paul Szczuczek aus Zwakow und Franz Niestroj aus Tichau als Beisitzer. Nach vollzogener Wahl der Komiteemitglieder schlug der Vorsitzende die Gründung eines Wahlvereins für den Kreis Pleß vor, indem er die Notwendigkeit desselben begründete. Die Versammelten erklärten sich damit einstimmig einverstanden. In den Vorstand wurden gewählt: Paul Wiera aus Pleß als Vorsitzender, Johann Pilat aus Konki als Schriftführer und Josef Lazar aus Brzesce als Kassierer. Es traten sofort 64 Mitglieder bei. Dann forderte einer der Versammlungsteilnehmer Aufklärung darüber, warum die polnische Fraktion bei der Abstimmung über den Antrag betreffend die geheimen Wahlen in den preussischen Landtag nicht vollzählig anwesend war. Herr Dr. Seyda erklärte, er könne nur hinsichtlich seiner Person die Erklärung abgeben, daß er anwesend gewesen sei. Zur allgemeinen Rechtfertigung der angeblich faulen Abgeordneten aber erklärte er, daß es sich dabei keineswegs um das ganze Wahlgesetz gehandelt habe, wie manche polnischen Blätter fälschlich berichtet hätten, sondern um einen weniger bedeutungsvollen Dringlichkeitsantrag der Freisinnigen. Die Versammelten nahmen dies voll Vertrauen zu ihrem Abgeordneten zur Kenntnis und brachten auf ihn nochmals ein Hoch aus. In der freien Aussprache hielt Dr. Rogalski eine schöne Ansprache über die Wertschätzung der polnischen Sprache. Er wies darauf hin, wie wunderschön unsere polnische Sprache sei, daß wir uns ihrer nicht schämen und sie nicht radebrechen dürften, daß wir überall und stets polnisch sprechen und fordern müßten, daß man bei uns, besonders bei den Kaufleuten usw. polnisch spreche. Diese Rede gefiel allen sehr. Unter den weiteren Rednern bat Herr Johann Waliczek, daß wir nationaler Angelegenheiten wegen persönliche Beleidigungen vergessen und eifrig arbeiten sollten. Herr Kędzior bat, sich mit dem Sammeln von Beiträgen zu Wahlzwecken eifriger zu befassen, und forderte die Anwesenden auf, wenigstens einen kleinen Beitrag beizusteuern. Es wurden 19,46 M. gesammelt. Da die Zeit zur Abreise nahe war, konnten mehr Personen zum Wort nicht mehr zugelassen werden. Der Vorsitzende dankte den Anwesenden, zu dem musterhaften und erhebenden Verlauf der Versammlung beigetragen zu haben, und schloß sie mit dem Ruf: Es lebe Oberschlesien.

Ein Versammlungsteilnehmer.

Aus Nr. 21 der Wzajemna Pomoc (Beuthen D.-S.)
vom 4. Juni 1909:

Mitteilung.

Sonntabend, den 22. Mai, fand eine gemeinsame Sitzung des Vorstands und Aufsichtsrats statt.

Diese Sitzung befaßte sich mit dem letzten Artikel des Herrn Ligon gegen die Verschmelzung der polnischen Berufsverbände und mit den Beschlüssen der Generalversammlung. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, diese Angelegenheit zu untersuchen und zu prüfen, was Herrn Ligon zu diesem Artikel veranlaßt habe, sowie die Mitglieder über das Ergebnis der Prüfung zu unterrichten. Am 25. Mai waren die Herren Sosinski und Wieczorek bei Herrn Ligon in Kattowitz, der die Mitglieder des Zentralvorstandes in geradezu grober Weise empfing.

Auf die Frage, was ihn zu diesem Artikel bewogen habe, erklärte Herr Ligon, ihm sei mitgeteilt worden, daß man ihn aus dem Amt entlassen und des Brot-erwerbs berauben wolle.

Es wurde ihm erklärt, er sei falsch unterrichtet worden, niemand im Vorstand oder Aufsichtsrat wisse etwas davon, auch sei davon nie die Rede gewesen.

Durch diesen Artikel hat Herr Ligon dem Verband ein Unrecht zugefügt, das er nur dadurch wieder gut machen kann, daß er in dem Organe eine Erklärung abgibt, daß er diesen Artikel nur insolge ihm hinterbrachter falscher Mitteilungen geschrieben habe.

Herr Ligon wollte dies nicht tun, obgleich er zugab, daß er irregeführt worden sei, den Artikel wollte er aber nicht widerrufen, weil er sich öffentlich bloßstellen würde. In anbetracht dessen blieb nichts anderes übrig, als Herrn Ligon die Redaktion abzunehmen, wenn man wollte, daß der Verband auch in Zukunft vor solchen unwürdigen Angriffen verschont blieb.

Die Redaktion wurde Herrn Wiczorek übertragen. Wir bitten unsere Mitglieder, die Redaktion mit Nachrichten über Arbeiterverhältnisse zu versorgen.

Der Zentralvorstand.

Aus Nr. 21 der Wzajemna Pomoc (Beuthen D.-S.)
vom 4. Juni 1909:

Vom Zentralvorstand.

Zum ersten Male wenden wir uns an euch, ober-schlesische Brüder, in eurem Organ. Die Veranlassung hierzu gab der in Nr. 19 unseres Organs von Herrn A. Ligon verfaßte Artikel. Wir bitten euch, Brüder, im Namen der Solidarität zu handeln. Erlaubet nicht, daß das Werk, welches wir geschaffen, Schaden erleide. Wir polnischen Arbeiter sind auf uns allein angewiesen. Uns wird niemand helfen, wenn wir nicht selbst die Verbesserung unseres Loses in die Hand nehmen.

Am schlimmsten geht es, liebe Brüder Arbeiter, in Oberschlesien zu. Hier sind die niedrigsten Löhne und die längste Arbeitszeit. Nirgends in ganz Deutschland, ja sogar in der Welt sind so trostlose Verhältnisse, wie gerade in Schlesien.

Unsere Aufgabe wird sein, das gut zu machen, was bis jetzt zu tun nicht möglich war. Jetzt, wo die Verschmelzung der polnischen Berufsorganisationen zustande gekommen ist, wo die polnische Berufsvereinigung über eine halbe Million Kapital besitzt, werden wir die Arbeitgeber leichter zu Zugeständnissen zugunsten der Arbeiter zwingen können.

Wir fordern euch, ober-schlesische Brüder, auf, sich jetzt von der gemeinsamen Arbeit nicht fernzuhalten, sondern zusammen mit uns den Kampf behufs Besserung unseres elenden Loses aufzunehmen.

Wir haben das feste Vertrauen und die Hoffnung, daß jeder von euch Oberschlesiern zur Waffe gegen den Kapitalismus greifen wird, und diese Waffe ist die tatkräftige Arbeit für unsere Organisation, für die polnische Berufsvereinigung.

Wir wissen, daß die Agitation in Schlesien schwierig ist, und daß es außerordentlicher Anstrengungen bedarf, um diejenigen zu überzeugen, die noch heute unsere Reihen meiden. Das darf uns indes nicht abschrecken, weil es sich hier nicht um das Wohl Einzelner, sondern um das Wohl aller unserer Arbeiter handelt.

Nur dann werden wir eine Besserung unseres Daseins erlangen, wenn wir alle gemeinsam und solidarisch an der Besserung unseres Loses arbeiten werden. „Einigkeit macht stark“ ruft heute jeder Beruf aus, und auch wir Arbeiter werden stark sein, wenn wir fertig bringen werden, unsere Mitbrüder für die Berufsvereinigung zu gewinnen und unter ihrer Fahne Hunderttausende polnischer Arbeiter zu organisieren.

Wir fordern vor allem die Mitglieder auf, uns in unserem Vorhaben beizustehen und sich mit uns zur gemeinsamen Arbeit zum Wohle der polnischen Arbeiter und der ganzen Volksgesamtheit zusammenzuscharen.

Ans Werk also, Kameraden, an die Arbeit und häusliche Agitation, einer für alle und alle für einen.

Glück auf unserer gemeinsamen Arbeit!

Aus Nr. 125 des Kurjer Śląski (Katowitz)
vom 4. Juni 1909:

Hunderte von Oberschlesiern

sind von dem Ausfluge nach Krakau zurückgekehrt, wo sie ihren Geist durch den Anblick teurer nationaler Denkmäler gestärkt haben.

Wer selbst bereits gesättigt ist, der läßt gern auch den anderen etwas zukommen; drum denkt auch ihr, die ihr das Glück hattet, die Denkmäler unserer glänzenden Vergangenheit kennen zu lernen, daran, auch andere Brüder zu einer ähnlichen Reise anzuregen. Natürlich wird sich mancher für die vaterländische Geschichte Gleichgültige dem Zureden widersetzen. Gerade hier habt ihr ein dankbares, wiewohl schwieriges Feld, ein segensreiches Wirken zu entfalten, und je schwieriger euer Sieg ist, desto größer der Ruhm. Seid dessen eingedenk, daß unsere Vorfahren nicht von Erinnerungen lebten, sondern mit ihrem Blut und Gut das Vaterland verteidigten; die Tat und Aufopferung für dasselbe war der Inhalt ihres Lebens. Heute unter den veränderten Verhältnissen müssen wir eine andere Verteidigung anwenden, und sie wird desto erfolgreicher sein, je größer unsere Kräfte sind.

Vermehren wir diese also der Zahl nach, indem wir die leider noch zahlreichen Scharen der Landsleute bekehren, die der nationalen Bewegung fernstehen, vermehren wir sie materiell, indem wir sparen, wo es geht, und indem wir vor allen unsere eigene Produktion unterstützen, vermehren wir sie überhaupt in jeder Beziehung, indem wir sie nicht durch unwürdige Zerstreungen, durch Zwistigkeiten unter uns vergeuden. Nützen doch die heldenhaften Anstrengungen der Nation nichts, weil sich die Zwietracht unter sie hinein-stahl, und zwar in der Zeit der größten Gefahr.

Nehmen wir, mit einem Wort, die Tugenden und Vorzüge der Vorfahren nach, die in unserer früheren Hauptstadt eine Menge löblicher Zeugnisse ihres eifrigen Dienstes für das Vaterland aufgespeichert haben; rotten wir aber unbarmherzig unter uns die schon ererbten Mängel und Fehler und desto mehr diejenigen aus, die sich auf uns samt der Pseudokultur der Annexionsstaaten übertragen. Diese Arbeit wird uns die aufklärende und gewissenhafte Tätigkeit in der Familie und in Vereinen erleichtern.

Möge jeder auf diesem Gebiete nur soviel wirken, als ihm Kräfte, Mittel und Zeit erlauben, und wir werden im Laufe der Zeit eine neue starke Bawelburg errichten, die uns vor der Hochflut der Feinde leicht beschützen wird.

Aus Nr. 66 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 5. Juni 1909:

Aus Rosenberg.

Vor einigen Tagen war eine Frau aus hiesiger Gegend mit einem Mädchen aus Rosenberg in Krakau. Dort kaufte sie sich zum Andenken das Bild „Polen

in Ketten“, welches Christus mit dem Kreuz darstellt, wie er eine Frau in der Dornenkrone tröstet. Als die Frau mit diesem Bilde die Grenze überschritten hatte, untersuchte ein Grenzbeamter ihr Gebetbuch und fand darin jenes „gefährliche“ Bild. Er nahm es sofort an sich und fragte, wozu die Frau solche Dinge kaufe, wie sie heiße, und fügte hinzu, daß sich ihr dies lohnen werde. Mit einer eines preußischen Beamten würdigen Miene fragte er sie, wozu sie nach Krafau reise, bei uns sei der gleiche Gott wie dort. Darauf antwortete sie ihm ganz richtig, sie könne für ihr Geld fahren, wohin es ihr gefalle.

Eine zweite Pilgerin kaufte sich das polnisch gedruckte Buch „Wunder aus Lourdes“, das fortzunehmen der Beamte gleichfalls große Lust hatte; da aber damals ein Dolmetscher nicht zur Stelle war und die zwei Beamten, die da waren, nicht polnisch sprechen und lesen konnten, ließ es ohne Konfiskation ab. Jene Witwe, die sich von dem Bilde „Polen in Ketten“ trennen mußte, ist Leserin des Posener Przyjaciół Ludu, und sie sagte mir, daß sie jetzt dieser Vorfall desto mehr zur Verteidigung und Verbreitung des Polentums angeregt habe. Das ist die Frucht des polenfeindlichen Kampfes der Regierungsorgane mit dem polnischen Volke. Ich muß noch bemerken, daß jener Beamte durchaus wissen wollte, wo die Frau dieses Bild erhalten habe, ob nicht etwa von einem Geistlichen, was sie in Abrede stellte. (Die Eigentümerin soll die Rückgabe ihres Eigentums energisch fordern, denn sie hat es für sich und nicht zur weiteren Verbreitung gekauft. Auf unberechtigte Fragen und Einmischungen der Beamten in nicht zur Sache gehörige Dingen braucht man nicht zu antworten. Die Red.)

Aus Nr. 127 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 6. Juni 1909:

Auf der Myslowitzer Zollkammer

revidierte ein Zollbeamter die aus Krafau nach den Pfingstfeiertagen Heimkehrenden so, daß er sie befühlte und die Hand in die Taschen steckte. Einem Bürger aus Piekar nahm er 6 Karten aus der Tasche, die dieser für die 6 Mitglieder seiner eigenen Familie als Privateigentum, nicht also zur Verbreitung gekauft hatte. (Schade, daß er auf diese Karten nicht Vor- und Zuname und außerdem das Wort „Privateigentum“ vermerkt hatte). Dieser Mensch ist weder Kaufmann noch Buchhändler, noch hatte er die Absicht, diese Karten jemandem zu schenken oder zu zeigen, denn er hatte sie nur für seine Familie gekauft. Ich frage darum die geehrte Redaktion an, ob eine preussische Behörde ihm die Karten abnehmen darf oder sie herausgeben muß. —

Antwort: Man muß sich überhaupt wundern, daß ein preussischer Zollbeamter so nach Karten jagt. Es ist richtig, daß die Zollbeamten seit einer gewissen Zeit Polizeibeamtenrechte haben, die sie früher nicht hatten. Ein preussischer Polizist hat aber nach unserer Meinung kein Recht, die Taschen eines Bürgers, der nichts gestohlen hat und nicht unter Polizeiaufsicht steht, zu durchsuchen. Erst dann hätte ein preussischer Polizist ein solches Recht, wenn er jemanden mit Recht einer strafbaren Handlung verdächtigen könnte. Offenbar verdächtigt jener Zollbeamter — als preussischer Polizist — leicht, mithin auch jenen Bürger aus Piekar. Unseres Erachtens wird aber die preussische Behörde die Karten zurückerstatten, wenn sie nichts Strafbares findet, wenn jener Bürger beweisen wird, daß er die Karten nur für sich und seine Familie gekauft hat. Wir nehmen nämlich nicht an, daß Geschenke für die

Familie eine „Verbreitung“ im Sinne des Gesetzes sein könnten. Die Sache muß durch alle Instanzen durchgefochten werden.

Aus Nr. 126 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 5. Juni 1909:

Die Regierung in Oppeln

hat Herrn Leo Poniecki die Erteilung von Gesangs- und Musikstunden an Personen, die noch nicht 21 Jahr alt sind, unter Androhung einer Geldstrafe von 300 Mark für jeden Übertretungsfall verboten. — Wir raten Herrn Poniecki, bei der Regierung eine solche Genehmigung zu beantragen. Wenn die Regierung den Antrag ablehnt, wird dies ein Beweis mehr sein dafür, wie die preussische Regierung die polnische Bevölkerung behandelt. Die Abgeordneten hätten wieder gutes Material in den Händen, das sie im Land- und Reichstag verwenden könnten. Außerdem werden die (gerechten) deutschen, französischen, englischen, italienischen, (gerechten) russischen Zeitungen von dieser neuen Blüte preussischer Kultur Kenntnis erhalten. Übrigens wird Herr Poniecki Gesangs- und Musikstunden Personen im Alter von über 21 Jahren weiter erteilen, und aus solchen setzen sich unsere Vereine überwiegend zusammen. Schließlich wäre aus prinzipiellen Gründen — insbesondere im Falle einer Verweigerung der Genehmigung — angebracht, nach der einen und andern Richtung das Verwaltungsstreitverfahren durchzuführen.

Aus Nr. 129 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 8. Juni 1909:

Die schlesische Unterrichtshilfe (Pomoc naukowa)

hielt am 3. d. Mts. im kleinen Saale der Reichshalle zu Kattowitz ihre Generalversammlung ab. In Vertretung des Vorsitzenden eröffnete der Schriftführer Rechtsanwalt Czajla aus Beuthen die Versammlung. Zum Vorsitzenden der Generalversammlung wurde Rechtsanwalt Ratajczak aus Ratibor, zum Schriftführer Rechtsanwalt Krzyżankiewicz aus Königshütte gewählt. Der Kassierer Rechtsanwalt Dr. Seyda erstattete den Kassenbericht, aus welchem hervorgeht, daß die Unterrichtshilfe einen eisernen Fonds von 25 102,25 Mk. hat und vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 Stipendien im Betrage von 4 045 Mk. an arme Studenten verteilt worden sind. Schriftführer Czajla erstattete den Verwaltungsbericht. Die Wahl des Vorstands fand mittelst Zetteln statt. Gewählt wurden die bisherigen Mitglieder des Vorstands der Unterrichtshilfe, und zwar die Herren Pfarrer Brandys aus Dzierzgowitz, Rechtsanwalt Czajla und Redakteur Dombek aus Beuthen, Redakteur Koraszewski aus Oppeln, Pfarrer Robota aus Gieraltowitz, Pfarrer Rogowski aus Zendryjsek, Dr. Kosiek aus Ratibor, Rechtsanwalt Dr. Seyda aus Kattowitz und Pfarrer Skowronski aus Ellguth bei Zülz.

In der Diskussion wurde u. a. die Agitation zur Werbung von Mitgliedern und für Beiträge, die ziemlich spärlich eingehen, zur Sprache gebracht. Redakteur Dombek regte an, der Unterrichtshilfe bei Abfassung von Testamenten zu gedenken. Es müsse unbedingt dafür agitiert werden, daß wohlhabendere Leute etwas mehr Geld beisteuern und testamentarisch vermachen sollten, da auf diese Weise der eiserne Fonds mehr anwachsen werde und von den Zinsen desselben der Vorstand mehr Beihilfen verteilen können.

Er führte auch drei Fälle an, in denen es gelingen wird, brave und aufgeklärte Bürger, die für die Sache Verständnis haben und bereit sind je ein paar tausend Mark zu opfern, zur Unterstützung der studierenden Jugend zu bewegen. Herr Sikorski aus Kattowitz fragte, wieviel Kaufleute, Gewerbetreibende usw. Beihilfen erhalten hätten. Es wurde ihm geantwortet: alle, die sich gemeldet haben.

Indem wir diesen kurzen Bericht veröffentlichen, ermuntern wir angelegentlichst, Beiträge zu entrichten und sich als Mitglieder eintragen zu lassen. Ohne gebildete Söhne wird das polnische Volk der gebührenden Verteidigung und der Führer entbehren. Wir haben möglichst viel gebildete Söhne, Bergleute, Hüttenleute, Handwerker, Kaufleute, Arbeiter usw. nötig. Denket daran und agitiert ausdauernd für Beiträge zugunsten der Unterrichtshilfe. Bei jeder Gelegenheit muß man selbst die kleinsten Beiträge sammeln, z. B. bei Familienfesten, Verlobnisfeiern, Hochzeiten, in Vereinen, bei Privatvergnügungen usw.

Aus Nr. 6 des Poradnik dla Spótek (Posen)
vom 1. Juni 1909:

Der Genossenschaftsrevisor und die staatlichen Behörden.

Wie bekannt, muß jede Genossenschaft alle zwei Jahre revidiert werden.

Den Revisor ernennt der Verband, wenn die Genossenschaft einem Verbande angehört, oder auch das Gericht auf Antrag der Genossenschaft, wenn letzterer dem Verbande fernsteht.

Nach § 63 ist der Vorstand der Genossenschaft verpflichtet, dem Gericht eine Bescheinigung des Revisors einzufenden, daß die Revision stattgefunden habe, und den Revisionsbericht als Gegenstand des Beschlusses

bei Einberufung der nächsten Generalversammlung anzukündigen. In der Generalversammlung hat der Aufsichtsrat über den Ausfall der Revision zu berichten.

Der vom Verbande angestellte Revisor hat eine Abschrift des Revisionsprotokolls dem Kuratorium zu übersenden.

So weit der § 68.

Die durch die Gerichte für die obererschleisschen Genossenschaften eingesetzten Revisoren haben wir nicht ohne Ursache im Verdacht, daß sie entgegen den gesetzlichen Vorschriften die Revisionsprotokolle den Verwaltungsbehörden übersenden. Angesichts des Genossenschaftsgesetzes, dessen Intention ist, die Revision als innere Angelegenheit der Genossenschaft zu behandeln und sie nicht für Nebenzwecke zu mißbrauchen, ist diese Handlungsweise ein wahrer Skandal. Sogar das Gericht hat nur das Recht festzustellen, daß die Revision stattgefunden habe; es ist ihm aber nicht erlaubt, das Revisionsergebnis zu untersuchen.

Indessen liefert uns eine bis jetzt in den Verband nicht aufgenommene Genossenschaft eine merkwürdige Bescheinigung über eine Revision. Der vom Gericht ernannte Revisor schreibt, indem er bemerkt, daß er die Revision abgehalten habe, wörtlich folgendes:

„Die Revision erstreckte sich auf die zwei letzten Geschäftsjahre 1. Januar bis ult. Dezember 1905 und zwar an der Hand der von der Genossenschaft ausgegebenen Verwaltungsberichte pro 1904 und 1905 und haben die Prüfungen im allgemeinen zu Ausstellungen keinen Anlaß geboten. Vorstehende Erklärung auf Grund der gerichtlichen Bestallung als Revisor obiger Genossenschaft.

(Unterschrift.)

Das nennt man also Kenntnis des Genossenschaftsgesetzes! Auf diese Angelegenheit werden wir noch zurückkommen.

Der Kurator.

Aus Nr. 67 des Katolik (Benthen D.=S.)

vom 5. Juni 1909:

B i l a n z der Bank ludowy — Volksbank

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht
zu Pleß D.=S.
für das Geschäftsjahr 1908.

Aktiva	R o n t o	Passiva
<i>M</i>		<i>M</i>
255 328,10	Wechsel	—
500,—	Banken	—
36,60	Kosten im Interesse der Mitglieder	—
11 293,42	Barbestand	—
1 160,—	Utenfilien	1 289,10
—	Spareinlagen	262 720,47
—	Reservefonds	1 139,40
—	Spezial-Reservefonds	79,65
—	Geschäftsanteile resp. Guthaben	3 051,—
—	Dividende	38,50
268 318,12		268 318,12

Am Ende des Jahres 1907 betrug die Mitgliederzahl..... 105

Es traten im Jahre 1908 bei..... 188

293

Es schieden aus 2
Bestand der Mitglieder im Jahre 1908 291
Pleß, den 1. Juni 1909.

Bank ludowy — Volksbank

E. G. m. u. H. zu Pleß.

Wiera. Redzior. Lazar.

Aus Nr. 126 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 5. Juni 1909:

B i l a n z
vom 31. Dezember 1908 für das Jahr 1908.

Aktiva	K o n t o	Passiva
—	1. Reservefonds	1 056,—
—	2. Geschäftsanteile	9 881,45
—	3. a) Depositen 451 646,20 Mk	
—	b) Zugeschriebene Zinsen... 9 692,10 "	461 338,30
500,—	4. Banken	—
10 000,—	5. Aktien	—
472,61	6. Für Mitglieder verauslagte Prozeß- und Administrationskosten	—
261 831,45	7. Wechsel	—
182 085,30	8. Immobilien	—
14 197,30	9. Kassenbestand	—
3 189,09	10. Verlust	—
472 275,75		472 275,75

Mitgliederzahl:

Vom Jahre 1907 sind auf das Jahr 1908 übergetreten 245 Mitglieder.
Im Jahre 1908 sind hinzugetreten 56 "
Zusammen 301 Mitglieder.
Im Jahre 1908 sind ausgetreten 13 "
Auf das Jahr 1909 treten über 288 Mitglieder.
Zaborze, den 31. Dezember 1908.

Bank ludowy

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Dr. Maximilian Hager. Karl Piecha. Johann Mainka.

Aus Nr. 66 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 8. Juni 1909:

Polnisches Vereinshaus in Ratibor.

Die in unserer Redaktion für das polnische Vereinshaus in Ratibor gesammelten freiwilligen Beiträge haben wir im Sinne der Spender der neu gebildeten Baugenossenschaft „Strzecha“ (Hütte) überwiesen, worüber wir folgende Quittung erhielten:

142,50 Mark

erhielten wir von der Redaktion der Nowiny Raciborskie von den für das polnische Vereinshaus in Ratibor gesammelten Beiträgen auf das Konto der unterzeichneten Genossenschaft.

Ratibor, den 5. Juni 1909.

Strzecha (Hütte),

Baugenossenschaft in Ratibor.

Der Vorstand.

Cyryll Ratajski. P. Gajka.

Gleichzeitig bitten wir angelegentlichst um weitere freiwillige Beiträge für das polnische Vereinshaus in Ratibor. Es muß gezeigt werden, daß dies nicht bloß

ein Strohfeuer war, sondern daß wir die Verwirklichung des einmal gefaßten Gedankens ernstlich wünschen, damit wir möglichst bald ein eigenes Lokal für unsere Versammlungen und bescheidenen Vergnügungen hätten. Wie jemand kann, so unterstütze er die Gründung eines eigenen Heims. Möge uns die Opferwilligkeit unserer Brüder in Galizien zugunsten der Grunwaldspende oder vielmehr zugunsten der Volksschulen in den bedrohten Grenzmarken als Beispiel dienen. Im preußischen Landesteil dürfen wir keine Schulen gründen, und so müssen wir uns wenigstens zum Bau eines eigenen Vereinshauses emporzuschwingen, damit wir uns nicht in fremden Winkeln herumzudrängen brauchen, uns dabei unangenehmen Lokalverweigerungen, Verhöhnungen des „Anzeigers“ und unserer „Büßfreunde“ ausgesetzt. Aus Werk also, Landsleute in Ratibor und Umgegend! Freiwillige Beiträge zum Bau eines polnischen Vereinshauses nehmen wir weiter entgegen und werden über sie in unserem Blatte quittieren.

Aus Nr. 127 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 6. Juni 1909:

Folgende ärztliche Bescheinigung,

die für einen 7 jährigen Schüler ausgestellt worden ist,
wurde uns vorgelegt. Sie lautet in der Übersetzung:
(Rückübersetzung.)

Dr. Neumann.
prakt. Arzt.

Laurahütte, den 3. Juni 1909.

Auf Wunsch bescheinige ich hiermit was folgt:
Jozef Sozma aus Siemianowicz gibt an, sein
Sohn Jozef sei in der Schule bestraft worden.

Die Untersuchung vom 25. Mai ergab auf der
linken Hälfte des Gefäßes 10 cm lange fingerbreite,
auf der rechten Gefäßhälfte 3 cm lange fingerbreite
rotblau unterlaufene Stellen und auf dem rechten
Schenkel eine ebensolche 11 cm lange Stelle.

In der Mitte der rechten Gefäßhälfte war außer-
dem noch eine 10 cm lange, große, oberflächliche,
blutende Wunde sichtbar.

Diese Verletzungen rühren zweifellos von Stock-
schlägen her.

gez. Dr. Neumann.

* * *

Ob für einen solchen „Unterricht“ noch besondere
Ostmarkenzulagen bestehen, wissen wir nicht.

Aus Nr. 66 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 5. Juni 1909:

Aus Kompratschütz.

(Germanisierung seitens des Berliner Verbands.)

Sonntag, den 13. Juni wird hier der Berliner
Arbeiterverband wieder seine Triumphe feiern. Es
soll nämlich die Fahnenweihe des hiesigen neu-
gegründeten Verbands stattfinden. Herr Pfarrer
Glowczewski verschickte gedruckte Einladungen zu dieser
Feier in deutscher Sprache (mit der Aufschrift „Gott
segne die christliche Arbeit“. Zu dem am 13. Juni
in K stattfindenden Fahnenweihfest erlaubt sich
ganz ergebenst und geziemend einzuladen — Johann
von Glowczewski, Pfarrer). Das Festprogramm ist
natürlich ebenfalls deutsch abgefaßt. Soviel mir
bekannt, ist die kirchliche Weihe von Fahnen, die
nicht rein kirchlichen Zwecken dienen, von der Kirchen-
behörde verboten. Ob für die „Verbandsisten“ eine
besondere Erlaubnis erteilt worden ist, weiß ich nicht.
Übrigens ist dies weniger wichtig; uns schmerzt haupt-
sächlich das, daß die Germanisation in einer neuen
Form in unser, in nationaler Hinsicht an sich schon
vernachlässigtes Dorf ihren Einzug hält. Von Pfarrer
Glowczewski, (der angeblich ein Nachkomme eines
polnischen Adelsgeschlechts in Westpreußen ist, sich heute
aber leider Glowczewski schreibt), haben wir etwas
anderes erwartet, als die Einführung der Berliner
„verbandy“ in unser polnisches Dorf. Als die Land-
tagswahlen auf Grund des Kompromisses zwischen
Polen und Zentrum stattfanden, da waren die
wichtigsten Personen, die uns ein gutes Beispiel hätten
geben können und das Volk organisieren konnten „nicht
zu Hause“, und unsere katholische und polnische Sache
ist wegen der Dummheit und Unwissenheit der hiesigen
„Schlauköpfe“ in den Rücken der Regierung geraten.
Jetzt, wo es sich um eine Feier des Verbands handelt,
ist selbsterweise mehr Interesse an den Tag gelegt
worden. Natürlich werden auch andere „verbandy“
mit Fahnen erscheinen, und unser unaufgeklärtes Volk

wird diese „Wunder“ anschauen, wie der Wolf ein
eisernes Tor. Könnten denn bei uns nicht Arbeiter-
vereine ohne germanisierenden Zusatz und ohne diesen
verhassten und in Oberschlesien ganz unnötigen Berliner
Verband gegründet werden?! Besteht doch in
Groschowitz ein solcher Verband und er entwickelt sich
durch eigene Kraft gut, vielleicht sogar besser als
„Verbands“-Vereine, die auch die Berliner Kasse
unterstützen müssen.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 123 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 2. Juni 1909:

Die Zusammenkunft der Delegierten des Verbandes polnischer Arbeitervereine in der Fremde.

Am ersten Pfingstfeiertag fand im Saale des
Herrn Zurkiewicz in der großen Frankfurter Straße
die alljährliche Versammlung der Delegierten aus ganz
Deutschland statt.

Um 10¹/₂ Uhr vormittags fand in der Piuskirche
eine heilige Messe statt, zu welcher der Gesangsverein
St. Cäcilie auf dem Chor gesungen hat. Die Kirche
war überfüllt. Um 1 Uhr versammelten sich die Dele-
gierten zu einem gemeinsamen Mittagessen. Nachmittags
kurz nach 3 Uhr eröffnete der Verbandsvorsitzende Herr
Chwaliszewski mit dem altpolnischen Gruß die Ver-
sammlung.

In kernigen und inhaltsreichen Worten legte
der Vorsitzende den Zweck und die Aufgabe des Ver-
bandes dar, und empfahl, daß man sich eifriger mit
der Arbeit befassen solle, als dies bisher geschehen
sei, denn nicht der Vorstand sei der Verband, sondern
die Vereine und Mitglieder bildeten denselben. Deshalb
beständen öfters falsche Auffassungen, als ob man vom
Verbande unmögliche Sachen verlangen könne und als
ob der Verband allen Wünschen nachkommen könnte
und nur der Vorstand dem entgegen sei.

Die Tagesordnung war diesmal sehr umfangreich,
denn es sind fast noch niemals so viele Anträge ge-
stellt worden, als wie zu der letzten Versammlung. Es
wurde zur Tagesordnung geschritten. Da die Jahres-
berichte des Schriftführers und des Kassierers in dem
Robotnik na Obeznzie veröffentlicht wurden, so
ist von einem besonderen Verlesen dieser Berichte, nach
der Ansprache des Herrn Taterka aus Kiel Abstand
genommen worden. Der Redakteur Herr Krysiak,
Mitglied des Hauptvorstandes ergreift zunächst das
Wort. Redner hebt hervor, daß er seit der Gründung
des Verbandes gemeinschaftlich mit anderen Vorstands-
mitgliedern arbeite und bewundert die ausdauernde
Arbeit mancher Mitglieder. Er selbst sei anfänglich
hinsichtlich der Entwicklung des Verbandes nicht allzu-
sehr optimistisch gewesen, aber wenn das wider Erwarten
gesehen sei, so sei dies ein Verdienst des Vorstandes,
besonders des Kassierers, welcher die ganze Last der
Finanzleitung auf den Schultern trage. Daher gebühre
dem Kassierer allgemeine Anerkennung.

Herr Wieslaus Kurnatowski aus Breslau spricht
im Namen seines Vereins, welchen er vertritt, dem
Herr Krysiak seine Anerkennung für die mühselige und
uneigennützigte Arbeit aus, die er bis jetzt durch das
Redigieren des Verbandsorgans „Robotnik“ hatte.
Darauf erstattete der Vorsitzende Herr Chwaliszewski
den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Die
Arbeiten waren überaus schwierig. Dem Verband

haben sich im vergangenen Jahre vier neue Mitglieder angeschlossen, überdies ein Verein, der schon früher dem Verbande angehörte.

Der Verband ist in vier Bezirke (Berlin, Lausitz, Sachsen und Hamburg) eingeteilt.

Der Hamburger Kolonie gebührt Anerkennung, da der dortige Bezirk die besten Fortschritte macht. Daher ist er der zahlreichste.

In den schwierigsten Verhältnisse befindet sich der Lausitzer Bezirk. Es ist dort noch viel Arbeit nötig, um Verhältnisse zu schaffen, wie sie sein müßten.

Sodann wurde die Feststellung und die Bestätigung der erschienenen Delegierten vorgenommen. Es waren zusammen 55 Delegierte erschienen, darunter aus Berlin 15, und aus den anderen Orten je 2 bzw. 1 Delegierter. Verschiedene Vereine hatten das Recht, mehrere Delegierte zu entsenden, aber aus Sparsamkeitsrücksichten ist das nicht geschehen.

Auf der Tagesordnung steht nun die wichtigste Sache und zwar die Anträge der Verbandsvereine.

Es wurden 20 Anträge aus verschiedenen Orten eingekandt. Sie betrafen das Verbandsorgan, Unterstützung der Kinder von Mitgliedern und Annahme von Mitgliedern usw.

Eine umfangreiche Diskussion wurde über die Anträge 1 und 2 geführt. Diese Anträge fordern das Verbandsorgan wöchentlich und in einem größeren Format erscheinen zu lassen und es den Mitgliedern unentgeltlich zu liefern. Diesen Antrag unterstützen die Delegierten aus Kiel und Unterröblingen.

Herr Chwaliszewski spricht sein Bedauern aus, daß so wenig Mitglieder die Pflicht zum Abonnement des „Organ“ empfinden und daß die Vorsitzenden mehr Einfluß darauf ausüben müßten, aber es geschieht oft das Gegenteil. So dürfte es nicht sein. Das „Organ“ müßte soviel wie möglich verbreitet werden.

Der Vorstand führte dazu aus: Wenn das Format des Blattes vergrößert werden soll, so würde man einen Redakteur einstellen müssen, was mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der weiteren uneigennütigen Arbeit des Herrn Krysiak unbedingt geschehen müßte. Nach der Berechnung des Kassierers würden dann die Kosten an 700 Mk betragen. Hier muß man mehr Sparsamkeit walten lassen. Herr Krysiak unterstützt die vorhergehenden Ausführungen, weil er aber wegen Arbeitsüberbürdung sich der Redaktion des Robotnik nicht mehr widmen kann, erteilt er den Rat, die Redaktion einem erfahrenen Menschen aus Arbeiterkreisen zu übertragen, der den Wünschen der Leser nachkommen kann. Für diesen Posten hat man Herrn Chwaliszewski oder Herrn Piotrowski in Aussicht genommen. Weil Herr Chwaliszewski seiner Beschäftigung wegen diesen Posten nicht übernehmen kann, so einigte man sich auf den zweiten, den Krysiak ebenso empfehlen kann.

Krysiak möchte noch weiter raten, daß mit Rücksicht auf die Kosten das Blatt wie bisher erscheinen möchte. Größere Organisationen wie z. B. die „Berufsvereinigung“ könnten öfter ihr Blatt herausgeben und doch erscheint das Blatt nur alle zwei Wochen. In der Diskussion nahmen das Wort die Delegierten-Antragsteller, außer diesen die Herren Pietrzak aus Berlin, Drazkowski aus Hamburg, Fr. Grzelachowski aus Berlin und noch andere. Alle sind der Meinung, die Redaktion dem Herrn Piotrowski zu übertragen und das bisherige Format des Blattes beizubehalten. Diese Ausführungen unterstützten noch die Delegierten Rosenthal und Matuzczak aus Hamburg und Ostrowski aus Frankfurt. Nach längerer Diskussion wurde die Sache dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. In der Diskussion haben die Herren Gimzicki aus Berlin, Garsteci aus Magdeburg, Rogalinski und Przybylski

aus Berlin, Czochrolski aus Ober-Schönweide und andere gesprochen.

Zu den Anträgen 3 und 4 in Sachen der Zusammenberufung der Verbandsversammlungen wurde nach längerer Diskussion beschlossen, daß die Zusammenkünfte des Verbandes alle zwei Jahre stattfinden sollen. Als Diskussionsredner traten auf: Grzelachowski aus Berlin, Walczak aus Tangermünde, Brzezinski aus Hildesheim, Kurnatowski aus Breslau und andere.

Der Antrag 5 und 6, wonach im Todesfalle den Kindern der Mitglieder das Sterbegeld ausgezahlt werden solle, wurde abgelehnt. Als Redner traten auf die Herren Merdasinski aus Senftenberg, Pietrzak und der Redakteur Krysiak aus Berlin. Nach der Meinung des letzten Redners müßte der Verband mehr für das Leben und weniger für den Tod arbeiten.

Der Antrag 7, wonach auch Frauen dem Verbande angehören sollen, wurde insoweit angenommen, als nur Jungfrauen und Witwen Mitglieder sein können. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Zu diesem wird der Antrag 8 hinzugefügt.

Als Redner traten auf die Herren Olejniczak und Grzelachowski aus Berlin und Ostrowski aus Frankfurt.

Der Antrag 9, wonach, wenn dem Verbande der Mann und die Frau angehören und wenn eines von ihnen stirbt, ein doppeltes Sterbegeld ausgezahlt werden solle, wurde abgelehnt, jedoch muß mit Rücksicht darauf eine Änderung der Satzungen stattfinden.

Der Antrag 10, wonach einer Jungfrau, welche die Ernährerin ihrer Mutter ist, im Falle des Todes der Letzteren ein Sterbegeld ausgezahlt werden solle, wird abgelehnt.

Die Anträge 11 und 12 werden angenommen. Wenn ein Mitglied in eine andere Gegend verzieht, muß es sich mit seinem Verein in Verbindung setzen.

Die Anträge 13 und 14 werden abgelehnt. Hierzu traten als Redner die Herren Herz aus Schöneberg, Brzezinski aus Hildesheim und Krysiak aus Berlin auf.

Die Anträge 15 und 16, wonach im Verbande eine Krankenkasse geschaffen werden soll, werden mit großer Majorität abgelehnt, weil die Erhöhung der Beiträge mit ungeheuren Schwierigkeiten verknüpft wäre. Herr Banachowski aus Stettin gibt den Rat, sich in der polnischen Berufsvereinigung zu versichern. In unserem Verbande ist die Einführung einer Krankenkasse unmöglich.

Beim Antrag 17, wonach der Vorstand sich um ein Kompromiß mit dem Arbeiterverbande der Erzdiözese Gnesen-Posen bemühen soll, wurde eine solche Durchführung für schwierig erkannt, weil der betreffende Verband eine feste Sterbekasse noch nicht besitzt. Es wird erst dort daran gearbeitet. Wenn dieses eintritt, so wird man entsprechende Schritte unternehmen können.

Die Anträge 18 und 19, welche die Einführung von Büchern und Marken zum Zwecke der Kontrolle der Mitglieder verlangen, wurden abgelehnt.

Es sprachen die Herren Banachowski aus Stettin, Rosenthal aus Hamburg, Grzelachowski, Merdasinski und andere.

Nach Erledigung der Anträge wurde zur Ergänzung des Hauptvorstandes geschritten. Die Leitung übernimmt der stellvertretende Vorsitzende Herr Grzelachowski aus Berlin.

Nach der umfangreichen Diskussion, in welcher der größte Teil der Delegierten das Wort nahm, wurde aufs neue Herr Chwaliszewski zum Vorsitzenden, zum Beirat Herr Adam Piotrowski, zu Kassenrevisoren Herr Herz aus Schöneberg, Pietrzak aus Berlin und zum stellvertretenden Schriftführer Herr Nowakowski gewählt.

Außerdem gehört zur Revisionskommission Herr Mizera. Der Vorstand ist auf vier Jahre gewählt. Nach zwei Jahren tritt die Hälfte zurück und es erfolgt eine Neuwahl.

Zum Schluß verliest der Herr Vorsitzende ein Telegramm des früheren Mitgliedes Spachacz aus Gr. Strzelce mit den besten Wünschen für die Beratungen.

Nach längerer Diskussion schloß der Vorsitzende die Zusammenkunft, welche 7 Stunden gedauert hatte.

A. Kol.

Aus Nr. 11 des Sokół (Posen)

vom 1. Juni 1909:

XIII. Gau. (Rheinisch-westfälischer Gau.)

Der erste Turntag des XIII. Gaus findet Sonntag, den 27. Juni 1909 in Winterswyck in Holland statt, wozu alle Brudergaue eingeladen werden.

Das Programm der Zusammenkunft:

- Um 9 Uhr vormittags: Abmarsch vom Bahnhof in Winterswyck nach dem Festlokal.
- " 9 $\frac{1}{2}$ " Preisturnen.
 - " 11 " Kirchgang.
 - " 12 " Eröffnung der Zusammenkunft, Begrüßung der Vereine.
 - " 12 $\frac{1}{2}$ " Gemeinsames Mittagmahl und Konzert.
 - " 1 $\frac{1}{4}$ " Gemeinsame Besprechung der Vorsitzenden und Turnwarte.
 - " 1 $\frac{1}{3}$ " Generalprobe der Freiübungen auf dem Turnplatz.
 - " 3 $\frac{1}{2}$ " Stabübungen der weiblichen Abteilung.
 - " 4 " Stab- und Lanzenübungen der einzelnen Vereine.
 - " 5 " Freiübungen der weiblichen Abteilung.
 - " 6 " Turnspiele auf dem Turnplatz.
 - " 7 " Rundgang und Tanzvergnügen.

Großem! (Gut Heil!)

Bernhard Zmudzinski, Adalbert Raczmarek,
Gauvorsitzender. Gauschriftwart.
Michael Goscieniak,
Gauturnwart.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 148 des Naprzód (Kraśau)

vom 27. Mai 1909:

Briefe aus Rußland.

Die Furcht vor dem Kriege. — Das Kriegsthema in der Presse. — Die Moskalophilen als Verbündete in einem Kriege mit Österreich. — Die Wirkung des österreichisch-japanischen Bündnisses. — Die mutmaßlichen Pläne Österreichs. — Die kriegerischen Vorbereitungen Japans. — Der Kampf mit den Fremdstämmigen. — Verhaftungen unter den Armeniern.

Man kann dreist behaupten, daß sich die russische Volksgeamtheit noch niemals derartig vor einem drohenden Kriege gesüchtet hat, wie in dem gegenwärtigen Augenblick. Deshalb ist auch das Kriegsthema in der russischen Presse, besonders aber in der, die in enger Fühlung mit den Regierungskreisen steht, gegenwärtig an die erste Stelle gerückt. Das „diplomatische Tsushima“, wie man die schändliche Niederlage Rußlands in Sachen des österreichisch-serbischen Zusammenstoßes genannt, hat in dem Empfinden der

russischen Volksgeamtheit zweierlei Spuren hinterlassen. Zunächst mußte man die völlige militärische Schwäche Rußlands feststellen, dann begriff man, daß die Nachbarn Rußlands früher oder später diese Schwäche ausnützen würden. Daher beschäftigt sich die Presse mit der Frage, ob Rußland die Festungen im Königreiche Polen gebraucht und ob sie irgend eine Rolle in einem Kriege mit Österreich oder Deutschland spielen können, ob es möglich ist, die deutschen Armeen vor Petersburg zu zersprengen usw. Diese Fragen werden nicht etwa in den militärischen Fachzeitschriften behandelt, sondern in den gewöhnlichen Tageszeitungen, die von den Massen des Zivilpublikums gelesen werden.

In der russischen öffentlichen Meinung herrscht gegenwärtig die Überzeugung, daß ein bewaffneter Zusammenstoß mit Österreich unvermeidlich ist. Deshalb ist auch der begeisterte Empfang verständlich, der den galizischen Moskalophilen bereitet wurde, die zur Enthüllung des Gogol-Denkmal nach Moskau gekommen und später nach Petersburg und Kronstadt gereist waren. In der Person dieser Abgeordneten, Journalisten, Akademiker, Gymnasiasten und Bauern begrüßte man die Feinde Österreichs, die zukünftigen Verbündeten im Falle kriegerischer Operationen gegen den südwestlichen Nachbar. Man erwies ihnen beinahe kriegerische Ehren. In Kronstadt begrüßte man sie mit Militärmusik, und die Matrosen der russischen Kriegsschiffe begrüßten auf Befehl der Militärbehörde die galizischen „Rubelschlucker“ als die Personen, die das Bindeglied zwischen dem „staatlichen Rußland“ und dem „unterjochten Rußland“ darstellen. In den Reden verschiedener Bobrynskis, Bergunows, verschiedener Generale aller Waffengattungen, Popen und gewöhnlichen Ochrana-Mitgliedern wurde dies moskalophilische Sammelsurium als Verbündeter und Helfer in dem Kampfe mit Österreich und den Polen begrüßt.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf die russischen Nationalisten die Nachricht von dem abgeschlossenen Kriegsbündnis zwischen Österreich und Japan. Die Nachricht rief um so größere Bestürzung hervor, als schon seit längerer Zeit beunruhigende Gerüchte von den kriegerischen Vorbereitungen Japans Rußland durchschwirren.

Das militärische Organ Razwiedczik (der Rundschaffer) warnt die russische öffentliche Meinung davor, sich der Täuschung hinzugeben, daß die Kriegsgefahr vorüber sei. Nach Angabe dieser Zeitung bereitet sich Österreich auch weiterhin zum Kriege mit Rußland vor. Die Österreicher haben die Absicht, 13 Korps an die russische Grenze zu werfen, außerdem rechnen sie auf einen Aufstand im Königreiche, in den Baltischen Provinzen und in Finnland. Rumänien soll Bessarabien erhalten, Italien wird neutral bleiben, drei deutsche Armeekorps werden Österreich unterstützen, während der Rest der deutschen Armee Frankreich in Schach halten wird. Österreich wird nach Warschau und Kiew vordringen. Die größte Angst flößt den Mitarbeitern des Razwiedczik die Nachricht von dem Bündnis zwischen Österreich und Japan ein.

Nach den Mitteilungen russischer Zeitungen ist das ausschließlich gegen Rußland gerichtete Bündnis auf 10 Jahre abgeschlossen worden, und jede Partei hat sich verpflichtet, im Falle eines Krieges mit Rußland die andere Partei zu unterstützen. Und über die Kriegsrüstungen Japans ist der Razwiedczik genau informiert. Statt der vor dem letzten Feldzuge mobilisierten 127 Bataillone hat Japan jetzt schon 229, statt der 75 Feldbatterien hat es jetzt 150, statt der 55 Schwadronen 73 und statt der 39 Pionierkompagnien 54. Eine fieberhafte Tätigkeit macht sich in allen Teilen der japanischen Armee bemerkbar. Trotz der tadellosen Kriegsausrüstung im letzten Feldzuge

hat man gegenwärtig das neue Arisaki-Gewehr und die Kruppischen 75 mm Schnellfeuergeschütze eingeführt. Die Zahl der Maschinengewehre in der Armee ist bedeutend vermehrt worden, es sind Abteilungen für Luftschiffahrt, für drahtlose Telegraphie usw. gebildet worden. Razwiedezik beruft sich auf die Worte des Ministers Teranz im japanischen Parlament, der ausgeführt hat, daß Japan die ganze Mandchurei besetzen und die Russen von dort verdrängen muß. „Wir verlangen keinen Krieg — sagt der Razwiedezik — aber die Japaner verlangen ihn, und der Krieg ist unvermeidlich“.

Die Nowoje Wremja bestätigt auf Grund eigener Informationen die Mitteilungen des militärischen Organs. Das Organ Suwerins führt an, daß sich Japan mit der Mandchurei nicht begnügen wird. Sein nächstes Ziel ist Wladiwostok, dann kommt ganz Ostsibirien an die Reihe. Die russischen Nationalisten fühlen, daß mit tödlicher Sicherheit der Augenblick kommen wird, in welchem man sich von einem Teil der geraubten Besitzungen wird trennen müssen. Um so größer ist ihre Angst, daß die Operation des Fortnehmens von Landesteilen zugleich im Osten und im Westen beginnen kann, daß ferner das persische Abenteuer früher oder später zu einem Konflikt mit der Türkei führen kann. Die Angst vor den äußeren Feinden wird begleitet von einer erbitterten Verfolgung der inneren Feinde, der Fremdstämmigen jeder Art. Die Oberhand hat im gegenwärtigen Augenblick der antipolnische Kurs. Die Angelegenheit der Lostrennung des Landes Chelm und der Raub des Wahlrechtes für die Polen zum Reichsrate sind an die erste Stelle getreten. Aber gleiche Anschläge werden auch gegen die andern Fremdstämmigen vorbereitet. Im Dunkel der Kanzleien wird schon der Plan ausgearbeitet, das Gouvernement Wiborg von Finnland abzutrennen. In der letzten Zeit waren besonders die Armenier neuen Verfolgungen ausgesetzt. In allen Städten des Kaukasus, ja sogar noch weiter in südlicher Richtung bis nach Astrachan wurden unter der armenischen Intelligenz Verhaftungen vorgenommen. Ins Gefängnis sind die hervorragenden Schriftsteller, Rechtsanwälte, Geistlichen usw. gekommen. So wurde z. B. in Tiflis der Rektor des geistlichen armenischen Seminars verhaftet, der bekannte Schriftsteller Agaronian, der Vorsitzende des Wohltätigkeitsvereins Arutjunow, der Redakteur und Mitarbeiter von der Zeitung „Gorc“, der Rektor der Akademie in Czmyadzym, der bekannte Literat Minas Werberjan, der berühmte Millionär Melik-Azarjan usw.

Die Angst vor den Nachbarstaaten, die wütende Verfolgung der Fremdstämmigen, die innere Fäulnis, das sind die Kennzeichen des gegenwärtigen Lebensabschnittes in Rußland.

Ein Illegaler.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 244 der Nowa Reforma (Krajan)
vom 29. Mai 1909:

Betrifft den demokratischen Verein, dessen Grundsätze und Aufgaben. — Der Posener Oberbürgermeister, ein Erzhasatist. — Die Süddeutschen in der Provinz Posen.

Posen, den 27. Mai.

„Polnischer demokratischer Verein“, so lautet die Bezeichnung unserer neuesten gesellschaftlich-politischen Organisation. Etwa 70 Personen der polnischen Bürgerschaft aus allen polnischen Landesteilen Deutschlands hielten am vergangenen Montag eine Ver-

sammlung ab und nahmen, nach 7 stündigen Beratungen, mit geringen Abänderungen den ihnen vorgelegten Satzungs- und Programmwurf an. Wie aus der Vereinsbezeichnung selbst hervorgeht, legt die neue Organisation ein großes Gewicht auf die demokratischen Grundsätze und auf die demokratische Tätigkeit. Obenan stehen Vorschriften allgemeiner Natur, so z. B., daß man sich nach der nationalen Sonderstellung richten und von Rücksichten auf das Wohl der ganzen Nation leiten lassen müsse. — Im übrigen weist die genauere Detaillierung auf keine andere Absonderung hin, denn sie erklärt, daß die politische Untätigkeit bekämpft werden müsse, daß der politische Sinn gepflegt, das Pflichtgefühl geweckt, der politische Charakter herangebildet werden müssten usw. Erst ein weiterer Paragraph besagt, daß Mitglied des Vereins jeder Pole werden könne, der sich bei seiner politischen Tätigkeit nach den taktischen Weisungen des Hauptvorstandes richte. Die Gründung also einer engeren, ihrer Aufgaben sich bewußten Organisation der vereinten demokratischen Elemente — unter der Leitung keiner großen, aber der lebensfähigsten nationaldemokratischen Partei — ist die Tendenz dieser Vereinigung. Es handelt sich namentlich um die Wahlen, aber auch um die Zwischenzeit, um den Boden für die Wahlaktion gehörig vorzubereiten und die Ärgernis erregenden Volksversammlungen, wie wir sie in letzter Zeit hatten, zu vermeiden.

Es fragt sich nun, ob eine derartige Organisation erwünscht und notwendig sei. Wenn sie sich, wie dies im Programm gesagt wurde, von den Rücksichten auf das Wohl der ganzen Nation leiten lassen wird, wenn sie das Wohl der Gesamtnation nicht mit dem Wohle der Partei verwechselt, kann sie zweifellos der Gesellschaft von Nutzen sein. Vor allen Dingen müßte dafür gesorgt werden, daß das Volk zielbewußt und unabhängig von Parteieinflüssen gemacht wird. Wiederholt habe ich an dieser Stelle auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die dem Volke von dem Augenblicke an droht, wenn die Geistlichkeit unter dem Drucke von oben eine Germanisierung durch die Kirche zu führen anfängt. Heute beruht die nationale Bewegung auf der Tüchtigkeit unserer ehrwürdigen, national gesinnten Geistlichen, sie kann aber mit ihnen zugleich fallen, und dann wird das Volk, welches ausschließlich den Weisungen seiner Beschützer, der Geistlichen, gefolgt war und noch folgt, zu einem unberechenbaren, den demagogischen Einflüssen jeder Richtung unterliegenden Elemente werden. Die Gesellschaft also allmählich auf das vorzubereiten, was bereits in Westpreußen, in Ermland und Masowien geschieht, das wird eine der Hauptaufgaben des demokratischen Vereins sein.

Um sich Unabhängigkeit und Bewegungsfreiheit zu sichern, wurden in den Vereinsvorstand keine Geistlichen gewählt. Trotzdem versichert der Kurjer Poznanski, von dem die ganze Aktion ausgegangen ist, daß sich die neue Organisation in dem besten Einvernehmen mit der Geistlichkeit befinde. In den Aufsichtsrat wurden gewählt: Vertreter der Stadt und der Provinz Posen, Westpreußens, Schlesiens und der Auswanderung; von den Abgeordneten: Bernhard v. Chrzanowski, Wladislaus Seyda, Mathias v. Mielzynski, Adalbert Korfanty und Victor Kulerski. Der letztere ist für den Verein durch seinen Einfluß (sein Organ die Gazeta Grudziondzka zusammen mit dem Posener Przysiaciel Ludu zählt beinahe 100 000 Abonnenten) die beste und wichtigste Errungenschaft. Wir befürchten nur, der Verein werde seinen Einfluß gelegentlich der nächsten Wahlen bei Personen geltend machen wollen, die, unlängst durch den Kurjer Poznanski befürwortet, so viele Gegner hatten, daß sie durchfielen und im Interesse der Sache durchfallen mußten. Die Befürchtung ist insofern begründet, als der meist bekämpfte

frühere Abgeordnete dem Hauptvereinsvorstande angehört. Die ganze Presse nahm die Gründung der Organisation sympathisch, mindestens aber ziemlich wohlwollend auf. Das Organ der Gutsbesitzer, der Dziennik Poznański, enthält sich jeglicher Bemerkungen und begnügt sich mit der Feststellung der Tatsache. Nur der Goniec Wielkopolski, der seit ziemlich langer Zeit durch wenig wählerische Mittel den Kurjer Poznański bekämpft, fordert die ehemaligen, um den verstorbenen Dr. Roman Szymanski gruppiert gewesenen Volksparteiler auf, der Aktion des Kurjer gegenüber eine oppositionelle Stellung einzunehmen. Der Appell des Goniec, der keinen Einfluß hat und sich in letzter Zeit dadurch die vernünftigeren Bürgerfreise abgeneigt machte, daß er sich mit seiner ungeschickten und rohen Taktik als Beschützer des Abgeordneten v. Dziembowski aufgedrängt hatte, wird sicherlich erfolglos verhallen. Die Existenz und die Entwicklung des Demokratischen Vereins wird von ihm selbst abhängen.

Daß wir im Meere des Hakatismus segeln, beweist der vom HKT-Verein dieser Tage für die Abgeordneten, Journalisten und Politiker aus Süddeutschland veranstaltete Ausflug. Der national-liberale Abgeordnete Prof. Hieber eröffnete im Landtagsgebäude den Ausflug mit einer Ansprache, demnächst schilderte der Ministerialrat Ganse den Pilgern nach der bedrohten Ostmark die Ansiedlungspolitik der Regierung seit dem Jahre 1886.

Am vergangenen Montag kamen die Herren nach Posen, woselbst sie bei einem Festmahl von den Vertretern der Staats- und Stadtbehörden begrüßt wurden! Wiederum erklärte Professor — die deutschen Gelehrten befassen sich zurzeit mehr mit der Politik, denn sie bringt mehr ein — und Gymnasial-Direktor Quade unter anderen Dingen den Süddeutschen, daß sie sich auf urdeutschem Boden befänden. Ihm dankte wiederum Professor Hieber, indem er mit Nachdruck hervorhob, daß der Ostmarkenkampf Sache aller Deutschen, also auch der Süddeutschen sei und daß auf deren Unterstützung die Pioniere der preussischen Kultur hier rechnen könnten. Am Dienstag wurde in einer geheimen Sitzung über die Polen hergezogen, es wurden ihre Organisationen und politischen Ziele erklärt. Das hakatistische und halbamtliche Organ, das Posener Tageblatt, gibt sich der Hoffnung hin, daß nunmehr alle Deutschen geschlossen vorgehen würden, um zur Lösung der Aufgaben der Ostmarkenpolitik, das heißt zur Ausrottung der Polen beizutragen. Professoren und Beamte schließen jetzt einen regen Bund zu unserer Vernichtung, wobei ihnen „unparteiische“ Oberbürgermeister und aus dem Reptilienfonds bezahlte Zeitungen behilflich sind. Eine schöne Gesellschaft!

Aus Nr. 228 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 19. Mai 1909:

Die polnische Landtagsfraktion. — Zwistigkeiten, Mißverständnisse und Desorganisation. — Die Lage in Schlesien. — Pfarrer Kapiża und Dr. S. Seyda. — Das Zentrum angesichts der Kompromisse. — Der Ansiedlertag in Gnesen. — Ein neuer Kampf in der Ostmark.

Posen, den 16. Mai.

Das unangenehme Verhältnis der Presse und der Gesellschaft zu den Abgeordnetenkreisen, namentlich zu der Landtagsfraktion, hat immer noch keine Änderung erfahren und beunruhigt fortgesetzt die öffentliche

Meinung. Dieses für die polnische Sache sehr schädliche Mißverständnis ist auf die letzten Wahlen zurückzuführen. Als damals eine Reform des Fraktionsprogramms stattfinden sollte, hatten die Landtagsabgeordneten beschlossen, daß die Fraktionsitzungen geheim sein würden, das Ergebnis der Beratungen aber den Zeitungen zur Kenntnis übersendet werden sollte. Es ist jedoch bei dem Beschlusse geblieben, an seine Durchführung denkt niemand. Da kam die unklare Finanzrede des Abgeordneten Switala, die Abwesenheit einer großen Anzahl der Abgeordneten bei der Abstimmung über die Änderung des Wahlregulativs in Preußen, wodurch der Antrag gefallen ist. Ferner regte unlängst die verhängnisvolle Rede des Pfarrers Kapiża die Gemüter sehr auf, der da erklärt hatte, die polnische Geistlichkeit in Schlesien sei in das Volkslager übertreten, um die polnischen Schlesier von der national-polnischen Agitation abzuhalten! Die öffentliche Versammlung des Kreises Rybnik in Stawiska hatte zwar diese Stelle in der Rede des Pfarrers Kapiża energisch verurteilt, gleichzeitig aber die schmerzliche Wahrheit von der in der Fraktion herrschenden Desorganisation enthüllt.

In Gemäßheit der Satzungen soll jeder Abgeordnete, der eine Rede halten will, den genauen Inhalt seiner Rede in der vorhergehenden Fraktionsitzung vorlegen. Der Pfarrer Kapiża hatte seine Rede sogar vollständig aufgeschrieben, dies aber trotzdem nicht getan. Es kam noch schlimmer: in der vorerwähnten Versammlung erklärte der Abgeordnete Seyda, er würde sein Mandat niederlegen, falls die polnische Fraktion gegen derartige Reden nicht auftreten sollte. Soll das heißen, daß sich die polnische Fraktion möglicherweise mit der Verneinung der nationalen Sonderstellung der polnischen Wähler in Schlesien einverstanden erklären wollte.

Die Landtagsfraktion beschwert sich über die allzu scharfe Presse-Kritik, sie tut aber nichts, um das Verhältnis zu mildern, vor allen Dingen, um keinen Grund zur Kritik zu geben. Früher hat die politisch weniger reife Gesellschaft auf das Verhalten ihrer Vertreter nicht so geachtet; die Fraktion war einheitlicher, und wenn sie auch noch weniger arbeitete, wie jetzt, so kümmerte sich niemand sehr darum. Naturgemäß wurde der Abgeordnetentätigkeit im deutschen Reichstage stets mehr Gewicht beigelegt, weil die Polen dort gewissermaßen zu den Völkern Europas sprachen, sich sonst aber der Staatsverwaltung gegenüber an das negative Programm hielten.

Heute hat sich die Lage geändert, die Gesellschaft ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Verneinung allein nicht genüge und daß die Beteiligung der polnischen Abgeordneten an der Gesetzgebung, natürlich unter Wahrung der nationalen Würde und Sonderstellung, durchaus erforderlich sei. Offenbar haben die neuen, noch nicht erprobten Kräfte dies noch nicht verstanden, und daher kommen die unangenehmen Entgleisungen, welche Erbitterung und Unzufriedenheit im Lande hervorrufen.

Die Hauptveranlassung jedoch bilden: Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl, Einvernehmen und Einigkeit unter den alten Parlamentariern und den neuen Abgeordneten. Aus diesem Grunde kommen in beiden Fraktionen Spaltungen und Parteireibungen vor, welche das Ansehen unserer Abgeordneten sowohl in Berlin, als auch im Lande oftmals gefährden. Dem Vernehmen nach entsteht wieder eine strittige Frage. In dem schlesischen Wahlbezirk Kreuzburg-Ols, in welchem der polnische Kandidat Pfarrer Rogowski beinahe über den konservativen Kandidaten den Sieg davongetragen hatte, ist zur Zeit das Mandat unbesezt. Das Organ des Abgeordneten Korfanty, der Kurjer Słonski, teilt jetzt mit, daß mehrere Abgeordnete sich für ein Kompromiß,

d. h. für die Auslieferung des Wahlbezirks an das Zentrum erklären, so daß dieser zu dreifünfteln polnische Kreis durch einen dem Zentrum angehörigen konservativen Schlesiern, also durch einen Hafatisten, vertreten sein würde. Damit können wir uns unter keinen Umständen einverstanden erklären und müssen erst die Entscheidung des schlesischen Wahlkomitees abwarten, welches sich durch die Stimmenabgabe der Polen für einen Zentrumskandidaten im Wahlkreise Meseritz-Bomst in einer ganz klaren Lage befindet; jetzt kommt die Reihe an das Zentrum, das Kompromiß zu halten!

Das Zentrum liebäugelt immer offenkundiger mit den Konservativen, und zwar auf Grund einer völlig verwickelten Finanzreform, die Konservativen aber haben bereits amtlich erklärt, daß sie gewiß garnicht darauf dächten, mit dem Block zusammenzuarbeiten. Das heißt also, daß das Zentrum nächstens seinen Platz am Regierungstische einnehmen, und daß ihm dann aber an einem Kompromiß mit den Polen wahrscheinlich nichts gelegen sein wird.

Nicht ohne Genehmigung der regierenden Kreise ist auf polnischem Grund und Boden eine neue interessante Aktion, in diesem Falle unter den Deutschen selbst, im Entstehen begriffen. Während der Pfingstfeiertage nämlich wollen sich die deutschen Ansiedler aus allen Gegenden in einem besonders zu diesem Zwecke errichteten Riesenschuppen in Gnesen versammeln, um dort mit vereinten Kräften für ihre Rechte und Interessen einzutreten. Ihre letzte, ebenfalls in Gnesen abgehaltene Versammlung machte den Eindruck, daß diese neue Zuzügerbevölkerung kein gefügiges, bescheidenes Völkchen ist, welches dafür dankbar ist, daß man ihm umsonst, auf Kosten der vertriebenen Polen, ein schönes Stück Landes gegeben hat. Sie machen vielmehr den Eindruck schlagfertiger, patentierter Beschützer des bedrückten Deutschtums, denen bereits die Fürsorge der konservativen Besitzer unangenehm geworden ist.

Sie wollen das unwürdige Joch abstreifen und über ihr Los, sogar den Bestrebungen der Großgrundbesitzer entgegen, selbst entscheiden. Und da die Regierung gegenwärtig mit den Konservativen wegen der Erbschaftsteuer im Kampfe liegt, so ist ihr dieses Verhalten der Ansiedler sehr willkommen. Ob auf die Dauer, das ist eine andere Frage. Die Konservativen, die die ganze antipolnische Politik unterstützten und dadurch, daß sie für die Enteignung stimmten, den Hauptgrundsatz ihres eigenen Programms umstießen, können jetzt sehr leicht die Macht des zweischneidigen Schwertes empfinden. Die Ansiedler verlangen ja die Aufhebung des Großgrundbesitzes — sogar des deutschen — in dem Großherzogtum Posen und Verleihung derselben gesellschaftlichen und politischen Rechte. Es wird sich jetzt bei uns ein interessanter Kampf abspielen, dem wir vorläufig gleichgültig werden zusehen können.

Aus Nr. 248 der Nowa Reforma (Kraufau)

vom 2. Juni 1909:

Eröffnung des Sommerheims des Vereins junger Kaufleute in Unterberg. — Mißwirtschaft im Posener Bazar.

Posen, den 1. Juni.

Gestern, am schönen und warmen zweiten Pfingstfeiertage, wurde die Einweihung des Sommerheims junger Kaufleute in Unterberg vollzogen. Es ist dies ein in nächster Nähe Posens an den Ufern der Warthe inmitten schöner Kiefernwälder und Berge gelegener

Ausflugsort. Bis jetzt befanden sich außer einigen Privatvillen alle zu Sommerwohnungen und Gastwirtschaften bestimmten Häuser in deutschen Händen. Seit dem Ansiedlungsgesetz vom Jahre 1904 bekommt einen Baukonsens in Ober- oder Unter-Unterberg überhaupt kein Pole mehr. Der Chauvinismus der hafatistischen Regierung geht so weit, daß man den deutschen Besitzern von Sommerwohnungen nicht gestattet, Zimmer an Polen zu vermieten und dieses Recht hat man sich bei den neuen Villen unter empfindlichen Strafen vorbehalten. Seit Jahren wimmelte es deshalb in Unterberg von Deutschen. Die Polen mieden dagegen diesen Ort oder sie wurden, falls sie ihn besuchten, verschiedenen Unannehmlichkeiten ausgesetzt.

Andererseits bildet Unterberg, nur zwei Meilen von Posen entfernt gelegen, in der nächsten Umgegend den einzigen nahen und durch seine natürlichen Verhältnisse sympathischen Ausflugsort. Die Spaziergänge im Walde am Ufer der Warthe oder auf der anderen Seite der Eisenbahnstation, auf ziemlich steilen malerischen Anhöhen lockten namentlich die mittleren Bevölkerungsschichten, denen Zeit und Mittel weitere Sommerausflüge nicht gestatten. Es war durchaus nötig, irgend ein polnisches Heim ausfindig zu machen, wo man, ohne sich der deutschen Brutalität und Nachbarschaft auszusetzen, Erquickung und Erholung finden oder ein Zimmer zu kürzerem oder längerem Aufenthalt mieten konnte.

Der Verband junger Kaufleute, welcher unter der geschickten und tüchtigen Leitung des Bankdirektors Dr. Rafimír Honcia seit einigen Jahren eine geradezu ungewöhnliche organisatorische Entwicklung aufweist, hat Rat geschafft. Aus Privathänden wurde eine der größten Villen mit Garten und einem Stückchen Land angekauft, erneuert und zweckentsprechend eingerichtet und nach ausdauernder Arbeit das beabsichtigte Ziel erreicht. Das Sommerheim soll vor allen Dingen als Erholungsstätte für die kaufmännische Jugend, in zweiter Linie überhaupt für die polnische Bevölkerung, namentlich, da man mit großer Mühe die Erlaubnis zum Verkauf von Kaffee, Milch, Bier und Wein erhalten hat, dienen.

Unzählige Scharen kaufmännischer Jugend, deren Angehörige, sowie solche aller Schichten der Bevölkerung begaben sich gestern in aller Frühe zu der Einweihung des Sommerheims. Bald herrschte ein Mangel an Tischen und Stühlen; trotzdem wartete man mit Ausdauer auf den Festakt. Begrüßt wurden die Anwesenden von dem Vorsitzenden des Verbandes junger Kaufleute und des Aufsichtsrats des Sommerheims, Dr. Honcia, welcher in seiner Ansprache auf das Beispiel anderer europäischer Organisationen hinwies, die für ihre Mitglieder Erholungs- und Vergnügungsorte inmitten der erquickenden Natur und deren Wunder gründen. Demnächst vollzog Prälat Kłos die Einweihung des Sommerheims, er sprach im religiösen Sinne — auf die gesundheitliche Bedeutung des Sommerheims wies Dr. P. Gantkowsky hin. Gesang und Konzert vervollständigten das Programm des feierlichen und erhebenden Eröffnungsaktes. Der letztere ist für die polnische Gesellschaft, besonders für die kaufmännische Jugend von großer Tragweite, bildet einen Schritt vorwärts in ihrer Organisation und ist gleichzeitig ein Beweis für ihre Lebensfähigkeit und für die Solidarität aller Schichten der Nation.

Leider müssen wir neben dieser guten Nachricht gleich eine neue schmerzliche Saite anschlagen. Wir können nicht eine andere öffentliche Angelegenheit, die sich auf eine unserer ältesten nationalen Organisationen nämlich auf den Posener Bazar bezieht, unerwähnt lassen. Begründet von Karl Marcinkowski, unter

Mitwirkung seiner tüchtigen Genossen in der sozialen Arbeit, als eine ausschließlich nationale Anstalt, weicht sie von den ihr überwiesenen Bahnen immer mehr ab und wird zu einer Erwerbsanstalt der Aktionäre. Es ist noch kein halbes Jahr her, als sich das Gerücht verbreitet hatte, daß der jetzige Direktor des Bazars alle Waren, Teppiche, Läufer und Gardinen ausschließlich bei deutschen Firmen kaufe. Wir haben lange auf eine Aufklärung des Aufsichtsrates gewartet, jetzt erhielten wir von diesem ein langes, halb polemisches, halb unglaubliches und ungenaues Schreiben, das mit einem Lobe für den Direktor schließt. Es folgen Berichtigungen, die beweisen, daß der Aufsichtsrat die Sache entweder nicht genügend geprüft hat oder sich hat hintergehen lassen und leichtfertig seine Unterschriften unter das fertige Konzept gesetzt hat. Aus dessen Inhalt geht hervor, daß der Direktor ganz richtig gehandelt habe, indem er die Waren bei Fremden bestellte und daß es ihm lediglich zu verdanken sei, wenn die Aktionäre zur Zeit schöne Dividenden erhielten. Es übergeht dagegen die Tatsache, daß man polnische Kaufleute geschädigt hat, indem man sie nicht einmal zur Submission zuließ und daß man die den nationalen Organisationen früher gezahlten Unterstützungen zurückgezogen hat. Da nun die hohen Preise im Bazar und das mangelnde Entgegenkommen seines Direktors sich der Gesellschaft immer empfindlicher fühlbar machen, so sehnen sich alle nach dem angekündigten Umbau des Hotel de France, welches, durch eine Gesellschaft erworben, im Laufe von anderthalb Jahren vollständig geändert und umgebaut werden soll.

Aus Nr. 22. der Polnischen Post (Wien)
vom 2. Juni 1909:

Lemberg.

Die Jahreswende der rühmlichen Schlacht bei Grunwald wird von den Polen feierlich begangen werden. Die Hauptstadt Galiziens projiziert aus diesem Anlasse eine Reihe von Ausstellungen, die gleichsam eine Revue der Entwicklung und der nationalen Kräfte der Polen bilden sollen. Die für das laufende Jahr projizierte ethnographische Ausstellung wurde aus diesem Grunde auf das nächste Jahr verschoben. Gleichzeitig werden Ausstellungen der polnischen Kunst und der Altertümlichkeiten veranstaltet werden. Die beiden letzteren Ausstellungen kommen durch die Initiative des Vizebürgermeisters Dr. Rutowski zustande und dürften wohl mit der ethnographischen Ausstellung verbunden werden. Die Lemberger Architekten bereiten eine architektonische Ausstellung vor, an die sich wahrscheinlich eine Ausstellung der Bauindustrie anschließen dürfte. Interessant dürfte sich die Ausstellung der polnischen Städte gestalten, welche eine Ausstellung der städtischen Selbstverwaltung in Galizien auf allen Gebieten sein wird. Es kommen dabei in Betracht Gebäude- und Straßenbauten, sanitäre und kulturelle Einrichtungen, Statistik usw. Verbunden wird diese Ausstellung mit einem Städtekongreß sein und wird dieselbe gewissermaßen eine Illustration zu den angekündigten Referaten bilden. Die Projekte wurden speziellen Komitees überwiesen, deren Delegierte ein Orientationskomitee bilden werden, um ein gemeinsames Vorgehen zu sichern und alle die projizierten Ausstellungen in eine Kette von Ausstellungen zu vereinigen.

